

## 4. DEMOKRATIE UND PARLAMENTARISMUS

*"Alle scheinen übereinzustimmen, daß Demokratie sein soll. Kaum jemand widerspricht der Vorstellung, Demokratie sei die bestmögliche Form der Gestaltung des politischen Systems."<sup>[1]</sup> Demokratie wird bekannt, nicht erkannt. Sie muß heute gelten als einer der unreflektiertesten Begriffe überhaupt. Alle haben dafür zu sein. Kein politisches Vokabel kommt so oft aus den Mündern wie dieses, sei es positiv als Bekenntnis, sei es negativ als Vorwurf, eben nicht demokratisch zu sein. Noch stärker als zu Kelsens Zeiten trifft dessen Aussage zu, daß der Begriff einem politischen Modezwang folgt, den man "zu allen möglichen Zwecken und bei allen möglichen Anlässen benützen zu müssen glaubt, (es) nimmt dieser mißbrauchteste aller politischen Begriffe die verschiedensten, einander oft sehr widersprechenden Bedeutungen an, sofern ihm nicht die übliche Gedankenlosigkeit des vulgär-politischen Sprachgebrauches zu einer keinen bestimmten Sinn mehr beanspruchenden, konventionellen Phrase degradiert."<sup>[2]</sup> Oder der reaktionäre Vilfredo Pareto: "Zum Beispiel anerkennt heutzutage jedermann, daß die "Demokratie" das politische Regime aller zivilisierten Völker zu werden neigt. Aber was ist die präzise Bedeutung dieses Terminus "Demokratie"? Er ist noch unbestimmter als der höchst unbestimmte Terminus "Religion". Es ist deshalb erforderlich, daß wir ihn beiseite lassen und uns an das Studium der Tatsachen machen, die er verhüllt."<sup>[3]</sup> Das soll in der Folge geschehen.*

Es gilt Demokratie als Kategorie von der Phrase zu lösen, sie zu einem Begriff zu machen, der historisch und politisch einordbar ist. Demokratie ist uns eine politische Form des Kapitalismus. Sie geht in der Entwicklung mit ihm einher, entwickelt sich nur auf seinem Boden. Was die Waresubjekte in der Ökonomie, sind die freien Bürger in der Politik. Die Demokratie kann somit nicht von der Marktwirtschaft, vom Kapitalismus abgehoben werden, auch ihre emanzipatorischen Momente nicht. *"Mit dem Alltäglichwerden der Ware-Geld-Beziehung mußten auch die zu dieser Beziehung gehörenden formalen Elemente alltäglich werden und in den "Besitz" eines jeden Menschen übergehen. Der moderne Mensch, dessen sämtliche Unternehmungen das Geld als die allgemeine Ware entweder voraussetzen oder zu ihrem Zwecke haben, weiß sich als Mensch immer schon innerhalb jener vom Staat garantierten Rechtsstruktur, die ihn frei und gleich macht, ohne daß ihm dies zu Bewußtsein käme."<sup>[4]</sup> So betrachtet sind alle Versuche, wie sie vor allem seitens der Linken unternommen wurden, Demokratie mit anderen Inhalten zu füllen, zum Scheitern verurteilt. Das zeigte auch deutlich der grüne Versuch der Basisdemokratie (vgl. Kapitel III-3). Demokratie ist dem Kapitalismus immanent, was umgekehrt bedeutet, daß sie auch mit ihm verschwinden wird. Anders als Anton Pelinka meint, besitzt der Demokratiebegriff keine "zeitlose(n) Bestandteile."<sup>[5]</sup> Die Inflationierung des Begriffs geht in die Irre. Demokratie kann nur mit dem Kapitalismus, somit als bürgerliche Demokratie gedacht werden. Er ist der einzige gesellschaftliche Boden, auf dem sie*

gedeiht. Die abstrakten Möglichkeiten von Partizipation und Transparenz, Freiheit und Gleichheit sind nur auf der Grundlage seiner Produktivkraftentwicklung realisierbar. Demokratie ist die mögliche und weitgehend obligate Folge eines bestimmten ökonomischen Durchschnittsstandards. Demokratie ist somit nicht als Volksherrschaft definierbar.<sup>[6]</sup> Abgesehen davon, daß der soziologische Terminus der Herrschaft zwei Arten von Subjekten, eben Herrscher und Beherrschte inkludiert,<sup>[7]</sup> handelt es sich bei der Volksherrschaft, wie wir weiter unten noch näher ausführen werden, nur um eine ideologische Fiktion. Wer die Herrschaft des Volkes voraussetzt, den Willen der bürgerlichen Subjekte als *modus movendi* abfeiert, hat in der Analyse der modernen Demokratie schon Schiffbruch erlitten.

Die Demokratie ist - auch wenn sie unfraglich dem politischen Sektor zugehörig ist - nicht von der politischen Seite her dechiffrierbar, sondern nur von der ökonomischen. Politische Regeln - und nichts anderes ist die Demokratie, betrachten wir ihre formale Seite - erwachsen auf wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Demokratie ist ein logisches Produkt des Kapitalismus. Dagegen spricht auch nicht, daß sie eine subjektive Seite kennt, sie erkämpft, erobert, durchgesetzt werden mußte. Aber sie konnte eben nur durchgesetzt werden, weil sie durchsetzbar gewesen ist. So gesehen erkämpfte die Arbeiterbewegung als die letztendlich relevanteste soziale Bewegung des bürgerlichen Zeitalters die politische Demokratie nicht gegen den Kapitalismus, sondern für ihn in ihm. Die Demokratie im politischen Sektor ist die Transformierung formal gleicher Warensubjekte in eine abgeleitete Sphäre. Sie verbindet das konstante mit dem variablen Kapital gegen archaischere Formen gesellschaftlicher Kommunikation. Demokratie ist eine bürgerliche Kategorie. Es gibt keine sozialistische oder alternative Demokratie. Da entstehen nur begriffliche Ungetüme wie Volksdemokratie, Arbeiterdemokratie oder Basisdemokratie. Wobei wir mit dieser Argumentation freilich auch uns selbst in inhaltliche Schwierigkeiten bringen und diese Position nicht widerspruchsfrei durchgehalten werden kann. Das führt aktuell dazu, daß wir allgemein die Demokratie kritisieren und attackieren, andererseits sie gegen populistische Absonderungen und direktdemokratische Karikaturen verteidigen. Die hier getroffenen Einschätzungen sind somit nicht als Festlegungen, sondern als Hypothesen eines wissenschaftlich fragilen Durchgangsstadiums zu bezeichnen.

Demokratie ist, was bei uns Herrschaft ist. Sie ist das politische System der entwickelten bürgerlichen Gesellschaften in ihrem Inneren. Sie *"bedeutet an sich nur: daß keine formelle Ungleichheit der politischen Rechte zwischen den einzelnen Klassen der Bevölkerung besteht."*<sup>[8]</sup> Diese Realdefinition sträubt sich freilich gegen jedwede Versuche, der Demokratie etwas anderes zu unterstellen, als was sie wirklich ist. Robert Kurz schreibt: *"Demokratie und Marktwirtschaft alias Kapitalismus gehören zusammen als die zwei Seiten einer Medaille, darin haben die offiziellen Demokraten gegen ihre linken Stiefbrüder zweifellos recht. Die offizielle Demokratie sagt mehr, als sie weiß, wenn sie Liberalität, Individualität und Marktwirtschaft positiv identisch setzt. Denn in der Tat: diese Freiheit ist die Freiheit, als Warensubjekt auf dem Markt kaufen und verkaufen zu*

*können, und die Freiheit, über die institutionelle Regulation und über die Rahmenbedingungen des Kaufens und Verkaufens "verhandeln" zu können (Rechtssystem und Gesetze, Moderation warenförmiger Interessenvertretung, infrastrukturelle und soziale Transfers usw.); nicht jedoch die Freiheit, in einer anderen Gestalt als in der eines Warensubjekts (eines immerwährenden Verkäufers und Käufers) überhaupt ein Mensch sein zu können. Mit dem Verweis auf die Identität von Freiheit und Markt ist also implizit zugegeben, daß die demokratische Freiheit durch den Markt definiert und damit auch begrenzt ist. Deswegen ist es durchaus passend, zur besseren Kennzeichnung von "Marktwirtschaftsdemokratie" zu sprechen, um diese strukturelle Identität hervorzuheben."*<sup>[9]</sup>

Die Unterschiebung eines zusätzlichen normativen Begriffs der Demokratie hat nur zur Folge, daß die reale Demokratie nur an ihren Erscheinungen, nicht an ihrem Wesen kritisiert wird. So gesehen sind uns Forderungen wie die (auch von uns früher vertretene<sup>[10]</sup>) Demokratisierung der Demokratie inzwischen obsolet. Auch Ulrich Beck schreibt: *"Demokratisierung läuft in diesem Sinne letzten Endes auf eine Art Selbstentmachtung und Entörtlichung der Politik, jedenfalls auf Ausdifferenzierung von Mitsprachen, Kontrollen und Widerstandsmöglichkeiten hinaus."*<sup>[11]</sup> Die Aufblähung von Partizipation und Transparenz vernichtet letztendlich die Effizienz, d.h. jene kennen objektive Grenzen. Der grassierende Partizipationismus, die Normierung und Einforderung permanenter Teilnahme an allen Planungs- und Entscheidungsprozessen, führt geradewegs in die Demokratiemüdigkeit; der Fetischismus der Transparenz, der Detailismus in all seinen Spielarten, läßt in der Fülle der Informationen und Benachrichtigungen nichts mehr erkennen, weil dieses Wissen das Denken erschlägt.

Die Demokratie ist nicht zu demokratisieren, ohne daß sie sich nach hinten (Diktatur) oder nach vorne (Sozialismus) aufhebt. Die Demokratie nähert sich diesen ihren Grenzen. *"Die Demokratie zerbricht an sich selbst."*<sup>[12]</sup> Die Demokratisierung der Demokratie mündet in ihre Aufhebung. So oder so. Demokratischer wird es nicht mehr. Auch reformistische Kräfte haben das inzwischen implizit einbekannt, indem sie im Vokabular von der "Demokratisierung" zur unverfänglicheren "Demokratiereform" übergegangen sind. Das macht freilich Angst, wenn der Begriff ausschließlich positiv affirmiert wird, man von der Vorstellung ausgeht, daß wir am Ende der Geschichte angekommen sind, keine neuen Formationen und gesellschaftliche Prinzipien mehr anstehen, Demokratie nicht als Durchgangspunkt, sondern als Resultat der Geschichte erscheint.

Zur Verklärung des Demokratiebegriffs, indem man ihn von einer bürgerlichen in eine sozialistische Kategorie überführen wollte, haben auch diverse linke Theoretiker ein gehöriges Schärfflein beigetragen. Prototypisch sei hier der linke Sozialdemokrat Max Adler genannt, der bereits 1922 in seiner Kontroverse mit Hans Kelsen folgende Terminologie einführte: *"Ich schlage nun vor: da der Begriff der Demokratie sich erst in einer klassenlosen Gesellschaft realisiert, so wollen wir diese*

*volle Demokratie, die ihrem Begriffe nach entsprechende Demokratie, die soziale Demokratie nennen, während wir alle anderen Formen, die sonst auch als Demokratie bezeichnet werden, die politische Demokratie nennen.*"<sup>[13]</sup> *"Kurz, wir werden zu der Einsicht geführt: Die Demokratie, die wir haben, ist keine Demokratie, und die Demokratie, die es ist, haben wir noch nicht."*<sup>[14]</sup> Bei modernen linken Autoren hat das dann überhaupt zu einer Identifizierung von Sozialismus und Demokratie geführt. *"Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird"*,<sup>[15]</sup> meint Wolfgang Abendroth. Und Oskar Negt faßt das in der vordergründig griffigen Formel: *"Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie"*<sup>[16]</sup> zusammen. Demokratie wird hier zweifellos nicht als bürgerliches Formprinzip verstanden, vielmehr gehe es umgekehrt darum, die bürgerlichen Beschränkungen der Demokratie aufzuheben, indem man sie über den politischen Bereich hinaus erweitert. Das zeigt auch der in diesem Zusammenhang oft gebrauchte Begriff der "Wirtschaftsdemokratie" deutlich. Sozialismus wird in diesen Vorstellungen als Ausweitung der Demokratie, des politischen Sektors überhaupt gesehen, nicht aber als Umwälzung der ökonomischen Basis und seiner Grundlagen, Wert und abstrakte Arbeit.

Auch die Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur ist heute eine allgemein anerkannte. In der gängigen Darstellung sind sie antagonistische, sich einander ausschließende Gegensätze. Die Unterscheidung Demokratie-Diktatur ist aber letztlich eine methodisch willkürliche, werden doch einige wenige Phänomene des politischen Sektors (Mehrparteiensystem, Wahlmöglichkeiten, Grundrechte) herausgegriffen, an deren Vorhandensein man Demokratie positiv benennt, bzw. an deren Nichtvorhandensein man die Diktatur der Verurteilung preisgibt. Dieser Code ist weitgehend ungenügend, da er nur wenige Elemente der Herrschaft berücksichtigt, überhaupt nicht nach den spezifischen Grundlagen der aktuellen Standards fragt. Die außerpolitische Frage etwa, ob ein Betrieb demokratisch oder diktatorisch ist, ist mit diesem codierten Instrumentarium nicht seriös behandelbar.

Die Charakterisierung eines Systems als "demokratisch" oder "diktatorisch" hat so eher agitatorischen denn analytischen Charakter. Sie verklärt mehr, als sie sagt. Das spezifische Ensemble der Entscheidungsfindung als subjektive Seite der Wertlogik wird nicht nur nicht von dieser Seite her erklärt, nein: es fallen auch noch die innerpolitischen Konstellationen der Proklamation einiger Phänomene zum Opfer, die da sind: Hierarchie und Autonomie, Bürokratie als notwendige Kehrseite, vorgelagerte und nachgelagerte Entscheidungen etc. Die Komposition aus Partizipation, Transparenz und Effizienz, ihre notwendigen hierarchischen, autokratischen und bürokratischen Merkmale werden nicht in ihrer Gesamtheit debattiert, sondern losgelöst als jeweils zu korrigierende Erscheinungen behandelt.

Ebenfalls ausgeklammert bleibt, daß Mehrheiten und Minderheiten aus ihrer Lage heraus verschiedene Interpretationen der Demokratie leisten müssen, daß Effizienz und Partizipation hier streiten müssen, daß erstere mehr dem Zentralismus, letztere mehr dem Autonomismus zuneigen. Nach Demokratie, hier verstanden als Teilnahme an der Entscheidungspartizipation, schreien vor allem jene, die mit den vorgegebenen Entscheidungen, die ihr Handeln prägen sollen, nicht einverstanden sind, während jene, die sich damit identifizieren, den demokratischen Prozeß, ohne ihn abzulehnen, doch im Konkreten als störend und hinderlich, weil aufwendig empfinden. Nur die Abweichung erfordert Entscheidungspartizipation, nicht die Zustimmung.

Das durchgesetzte Ideal des freien und mündigen Bürgers als Massenphänomen würde zum Ende jeder Demokratie, ja jeder Politik führen. Diese sind ohne autokratische Momente nicht handhabbar. Die idealtypische Demokratie ist nicht. So gesehen gilt es auch Robert Kurz umstrittener Passage zuzustimmen, wo er schreibt: *"Die reine Demokratie ist insofern nichts anderes als die höchstentwickelte Form der Diktatur."*<sup>[17]</sup> Demokratie und Diktatur sind nicht streng dividierbar, sie sind vielmehr in sich eins, erst in ihren konkreten Auslegungen durch Betonung bestimmter Phänomene differenzierbar. Es ist so gesehen auch durchaus seriös, die bürgerliche Gesellschaft sowohl als parlamentarische Demokratie als auch als kapitalistische Diktatur zu bezeichnen. Dies ist kein Widerspruch, sondern vielmehr eine Entsprechung. Die Kennzeichnung des Gesellschaftssystems als demokratische Diktatur des Kapitals wäre zutreffend, wir nehmen nur deshalb davon Abstand, weil in dieser Lesart das subjektive Moment überbetont wird, geradeso als handele es sich um eine Willkürherrschaft, die sich herabläßt uns demokratische Rechte zuzugestehen.

Die der Demokratie adäquate Ausformung ist der Parlamentarismus. Er ist die *"Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens durch ein vom Volke auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, also demokratisch, gewähltes Kollegialorgan nach dem Mehrheitsprinzip."*<sup>[18]</sup> *"Das zweite Element aber, das eine Analyse des Parlamentarismus ergibt (lautet): die Mittelbarkeit der Willensbildung, die Tatsache, daß der staatliche Wille nicht unbedingt durch das Volk selbst, sondern durch ein allerdings vom Volk geschaffenes Parlament erzeugt wird."*<sup>[19]</sup> Für Hans Kelsen, von dem diese Zitate stammen, ist der Parlamentarismus schlußendlich ein Kompromiß zwischen *"der demokratischen Forderung der Freiheit und dem sozialtechnischen Fortschritt bedingenden Grundsatz differenzierender Arbeitsteilung."*<sup>[20]</sup> Die Demokratie verwirklicht sich mittelbar im Parlamentarismus: *"Je größer die staatliche Gemeinschaft, desto weniger erweist sich das "Volk" als solches imstande, die wahrhaft schöpferische Tätigkeit der Staatswillensbildung unmittelbar selbst zu entfalten, desto mehr ist es schon aus rein sozialtechnischen Gründen gezwungen, sich darauf zu beschränken, den eigentlichen Apparat der Staatswillensbildung zu kreieren und zu kontrollieren. Andererseits aber wollte man den Schein erwecken, als ob auch im Parlamentarismus die Idee der demokratischen Freiheit, und nur diese Idee, ungebrochen zum Ausdruck käme. Diesem Zwecke dient die Fiktion der Repräsentation, der Gedanke, daß das Parlament nur*

*Stellvertreter des Volkes sei, daß das Volk seinen Willen nur im Parlament, nur durch das Parlament äußern könne, obgleich das parlamentarische Prinzip in allen Verfassungen ausnahmslos mit der Bestimmung verbunden ist, daß die Abgeordneten von ihren Wählern keine bindenden Instruktionen anzunehmen haben, daß somit das Parlament in seiner Funktion vom Volke rechtlich unabhängig ist."*<sup>[21]</sup>

In dieser klassischen Sicht sind Parlamentarismus und Demokratie de facto identisch, Demokratie nur als Parlamentarismus vorstellbar. Die Trennung der Wähler von den Gewählten ist strukturell bedingt, und kann auch aus sozialtechnischen Gründen nicht aufgehoben werden. Die Aufgabe der Parteien besteht darin, diese Diskrepanz zu schmälern. *"Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat."*<sup>[22]</sup> Demokratie ist gleich Parlamentarismus ist gleich Parteienstaat. Was in der Substanz und dem Wesen nach sicher richtig ist, muß sich natürlich in den konkreten Ausformungen nicht immer in dieser Rigidität realisieren.

Kelsen erkennt auch die parlamentarische Demokratie als den idealen Ort zur Austragung der Klassenkonflikte: *"Und wenn es überhaupt eine Form gibt, die die Möglichkeit bietet, diesen gewaltigen Gegensatz, den man bedauern, aber nicht leugnen kann, nicht auf blutig revolutionärem Wege zur Katastrophe zu treiben, sondern friedlich und allmählich auszugleichen, so ist es die Form der parlamentarischen Demokratie, deren Ideologie zwar die in der sozialen Realität nicht erreichbare Freiheit, deren Realität aber der Friede ist."*<sup>[23]</sup> Kelsen hat hier in seiner positivistischen Sicht zweifellos mehr begriffen als die Hauptkontrahenten der Ersten Republik. Implizit faßt er den Klassengegensatz als keinen fundamentalen, sondern als einen immanenten auf, nur so kann er die politische Austragung des Konfliktes im Parlamentarismus in der von ihm vorgeschlagenen Weise deuten. Der Klassenkampf, so zeigt es die historische Erfahrung, ist demokratisch domestizierbar, der Parlamentarismus und seine vorgelagerten Entscheidungskanäle - etwa in der Sozialpartnerschaft - sein Betätigungsfeld.

Die Grünen, der Gegenstand unserer Untersuchung, sind von solchen Überlegungen weitgehend unberührt geblieben. Der Demokratie geht es dort wie der Ökologie, sie wird beklatscht und eingefordert, aber nicht wirklich aufgearbeitet und überlegt. So nimmt es nicht Wunder, daß statt Analysen Stereotype die Diskussionen beherrschen. Eine Staats- oder Demokratietheorie suchen wir bei den Grünen jedenfalls vergebens, wengleich - und das soll in der Folge auch geschehen - implizite Verständnisse deutlich werden. Auch wenn die Frage des politischen Systems bisher bei den Grünen kaum diskutiert wurde, können wir feststellen, daß sie von einer unbedingten Brauchbarkeit, einer Instrumentalisierbarkeit staatlicher Einrichtungen und parlamentarischer Institutionen ausgehen. Den Ausformungen wird kein spezifischer Charakter unterstellt. In fast klassischer Manier trennen auch die Grünen Herrschaftsinhalt und Herrschaftsform, wodurch letzterer Neutralität unterstellt wird, somit diese mit beliebigen politischen Inhalten ausgefüllt

werden kann. Demokratie wird als höchste Form, nicht als spezifischer Inhalt verstanden. Durchgängig ist bei den Grünen auch die eingangs aufgearbeitete Trennung von realer und wirklicher Demokratie zu finden. Hier stehen sie in dieser unseligen linken Tradition, die einfach nicht wahrhaben will, was wirklich ist.

Daß die Grünen und Alternativen ins Parlament wollten, war von vornherein klar, was sie dort allerdings sollten, schon weniger. Was das Parlament sei, was repräsentative Vertretungskörperschaften bedeuten, wie der alternative Parlamentarismus denn auszusehen habe, darüber wurde a priori, ja sogar a posteriori kaum Rechenschaft abgelegt. *"Mea culpa"*, schreibt Pius Strobl an den Bundesvorstand, *"wir haben unsere Leute ins Parlament geschickt - zum zweiten Mal - ohne ihnen eine Definition unserer Erwartungen mitgegeben zu haben. Ebensowenig, wie das Mindestrüstzeug, um in diesem Job bestehen zu können."*<sup>[24]</sup> Hurtig schritt man zur Tat, ohne so recht zu wissen, was man eigentlich wollte. Rein wollte man auf jeden Fall.

Das Parlament gilt den Grünen in ihrer idealtypischen Sicht gar als der wahre Entscheidungsträger der Gesellschaft. Und wo das in concreto nicht zutrifft, das Parlament sich vielmehr deutlich als bloßes Vollzugsinstrument offenbart, wird dies geradezu beschwörend eingeklagt. Die illusionäre Sicht des Parlamentarismus wird somit nicht zerstört, sondern geradezu wider ihre Realität immer wieder von Neuem errichtet. Das herrschende Politikverständnis hat seine grüne Ergänzung gefunden.

Die Grünen sehen ihre Aufgabe im Parlament vor allem darin, die Demokratie zu verbessern. Schon Freda Meissner-Blau stellte in ihrer Antrittsrede im Jänner 1987 folgende rhetorische Frage: *"Sollten doch jene erfahrenen und in Österreich ziemlich zahlreich vertretenen Skeptiker auch in Hinkunft recht behalten, die meinen, unser Parlament sei eine von Funktionären dirigierte Abstimmungsmaschinerie, die vortäuschen soll, daß wir in einer Demokratie leben und nicht in einer Oligarchie?"*<sup>[25]</sup> Nein, so die Antwort; denn es darf wirklich nicht sein, was nicht anders sein kann. Meissner-Blaus Rede<sup>[26]</sup> ist überhaupt eine der Floskeln und Phrasen. Die Situation wird bejammert und beklagt, die Vernunft immer wieder beschworen. Nicht einmal in Ansätzen kann sie uns erklären, warum was wie ist. Außer der Dämonisierung der Macht durch Vokabel wie "Arroganz", "Etablierte", "Altparteien", "Machtkartell" fällt ihr nichts auf.

Die Grünen sind geradezu beseelt von den hehren Idealen des Parlamentarismus. Nichts anderes haben sie zu tun als die krude Realität an diesen zu messen und die Okkupation der Demokratie durch dunkle Kräfte in der Sozialpartnerschaft und in der Bürokratie zu behaupten. In der alternativen Regierungserklärung der ersten Parlamentsfraktion heißt es dazu: *"Dementsprechend wird der Parlamentarismus mehr und mehr ausgehöhlt, weil die wirklichen Entscheidungen längst*

woanders gefallen sind. Wir wollen deshalb für ein lebendiges Parlament kämpfen, das wirklich wieder zum Ort der Gesetzgebung wird."<sup>[27]</sup> Wann das je der Fall war und wann der Sündenfall stattgefunden hat, sagen uns die Autoren freilich nicht. Sie würden sich auch schwertun.

Auch Johannes Voggenhuber sieht das wie seine Vorgängerin. In seiner ersten Nationalratsrede, in der er verlangt, das "zum Handlanger degradierte(s) Parlament zu einem Arbeitsparlament zu machen",<sup>[28]</sup> hört sich das so an: "Es ist wirklich nichts dabei, heute in Österreich nachzuweisen, daß die Gesetzgebung nicht in diesem Hause stattfindet, daß die Kontrolle von Administration und Regierung nicht in diesem Hause stattfindet, daß die politische Willensbildung in diesem Land nicht in diesem Hause stattfindet und daß die Unabhängigkeit der Mandatare nicht gegeben ist. Dafür haben sie jahrzehntelang gesorgt."<sup>[29]</sup> Ja Voggenhuber geht noch weiter, wirft den anderen Parteien vor, daß sie "eine parlamentarische Demokratie in Österreich nicht zugelassen"<sup>[30]</sup> haben, und: "Dieses Parlament ist gar nicht imstande, Gesetzgebung zu machen. Dieses Parlament ist angewiesen auf die Ministerialbürokratie zur Erstellung seiner Gesetze."<sup>[31]</sup> Wie sollten etwa wirklich 183 Abgeordnete alleine diese ganze komplexe Gesetzesflut bewältigen? Wozu sollte die Ministerialbürokratie sonst da sein? Und: warum sollte der politische Willensbildungsprozeß eigentlich nur im Hohen Haus stattfinden?

Auch Monika Langthaler weiß zum Thema: "Es wissen die Journalisten, es wissen Sie, es wissen die Leute auf der Galerie, es weiß hoffentlich bald die ganze Öffentlichkeit, daß nicht dieses Parlament das Budget erstellt oder die Budgethoheit hat, sondern daß es von der Regierung vorgelegt wird. Die Abgeordneten im Parlament dürfen hier nur aufstehen, sich niedersetzen, und ihre Abgeordneten machen brav das, was von der Regierung verlangt wird."<sup>[32]</sup> Absurd wäre vielmehr, wäre es umgekehrt. Die Aufgabe der Regierung ist eben das Regieren, parlamentarische Mehrheiten müssen ihr zwangsweise zugeordnet und auch untergeordnet sein, soll jene ihre Möglichkeiten entfalten. Langthalers Idealbild des sich mit allen Problemen und Fragen beschäftigenden Abgeordneten ist völlig unrealistisch. "Daß das die freien Mandatare des österreichischen Parlaments sind, das ist wirklich ein Skandal!",<sup>[33]</sup> ruft sie. Ihre Vorschläge würden zu nichts anderem führen als zur Unregierbarkeit.

Was sich im Parlament realisiert, kann gar nicht dort geschaffen werden. Politik justiert nur Nuancen gesellschaftlicher Zwänge, verteilt um, schwächt ab oder fördert. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes dazu angehalten die Bedingungen der Kapitalverwertung einerseits zu garantieren, andererseits die ökologisch bedenklichsten und sozial unverträglichsten Entwicklungen abzustellen oder zu mildern. Auch gegen das direkte Interesse dieses oder jenes Kapitals. Dies gleicht natürlich einem Eiertanz, bei dem die Politik immer hintennach ist, in ein Fettnäpfchen nach dem anderen tritt, an der Komplexität der Detaillösungen oft verzweifelt und außerdem noch die medialen Prügel bezieht. Regieren kommt jedenfalls von Reagieren. Auch wenn das etymologisch



nicht stimmt, chronologisch ist es richtig. Die Probleme, die auf die Politik zukommen, hat sie in den seltensten Fällen selbst gemacht, aber weil sie diese verwaltet und da und dort mit einem Gesetz, mit einer Förderung, mit einem Appell einspringt, sieht es so aus, als sei sie die Urheberin, als sei etwa die ökologische oder die soziale Misere Folge von Umwelt- und Wirtschaftspolitik und nicht die einer kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Zwangslogiken. Dadurch, daß Politik die Gesellschaft moderiert, erscheint sie als wahres Zentrum, gar als jenes, das eigentlich die Gesellschaft leitet. *"In anderen Bildern nahm sie die Position der Spitze oder des Zentrums des Systems ein: Noch heute wird gesellschaftliche Integration oder Lösung aller anderswo nicht lösbaren Probleme zentral von der Politik erwartet."*<sup>[34]</sup> Die sich wiederholenden Enttäuschungen, die die Politik dann liefert, gründen darauf, daß man ihr und sie sich selbst permanent eine Lösungskapazität bescheinigt, die sie ganz einfach nicht hat. Sie kann nicht, was sie verspricht.

So gesehen ist Politik, auch auf höchster Ebene, in weiten Bereichen bloß Verwaltung, nicht Gestaltung, und kann auch nicht mehr sein. Politik ist eben nicht praktizierte Staatsbürgerkunde, sondern Über- und Umsetzung gesellschaftlicher Notwendigkeiten, die bestimmten Basislogiken und darauf aufbauend Basisbewegungen folgen, in die Sprache des Geldes (Budget) und des Rechts (Gesetzgebung). Die demokratische Parlamentarismus lenkt gerade dadurch, daß er für alle so offensichtlich Entscheidungen fällt, immer wieder alle Wünsche, Begierden und Kritiken an seine Adresse. Er wird als die Instanz gesehen, bei der interveniert werden kann. Wir müssen insofern von einer grenzenlosen Überschätzung der politischen Sphäre ausgehen. Sie dient als der falsche Reibebaum gesellschaftlicher Interessen, ihre Allzuständigkeit ist rein fiktiv.

Auch Peter Pilz beklagt im Parlament folgendes: *"Wir sehen uns einem Budget gegenüber, das das Produkt großer Verbände, großer Interessensorganisationen und der ihnen nahestehenden und verbundenen Bürokratie ist."*<sup>[35]</sup> Ja noch schlimmer, *"dieses Budget ist bereits ganz woanders beschlossen worden, nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Bürokratie und den ihr nahestehenden Interessensverbänden."*<sup>[36]</sup> Wir wollen hier einmal die Bürokratie-Phobie übergehen und uns auf folgende Frage stürzen: Wie kommt eigentlich Pilz dazu, eine anderes Budget für denkbar zu halten und zu fordern, eines, das eben nicht von den mächtigen Institutionen, Verbänden, Bürokratien etc. bestimmt wird? Wie sollte dieses möglich sein, wer sollte es durchsetzen und tragen? Auch der Einwand, daß woanders Entscheidungen getroffen werden, die eigentlich de jure nur dem Parlament zustehen, geht in die Irre, weil es den Charakter des Parlaments als demokratischer Vollzugsmaschine vorgelagerter Zwänge nicht erkennen will, sondern einen hehren Demokratismus gegen den realen behauptet. Eine wahrhafte Demokratie wird der wirklichen Demokratie gegenübergestellt, die österreichische Demokratie lediglich als *"Torso"*<sup>[37]</sup> begriffen. Diese Sicht verstellt freilich jede emanzipatorische Kritik an Demokratie und Parlamentarismus, weil sie die Ausformung der Demokratie als deren Deformierung, nicht als deren Verwirklichung auffaßt. Es ist geradezu ein Kennzeichen der westlichen Demokratie, daß die wichtigsten Entscheidungen nicht im Parlament fallen. Dieses ist primär dazu da, diese nachträglich

zu legitimieren. Wobei schon das Wort "Entscheidungen" eine Übersteigerung darstellt, unterstellt es doch, daß etwas ausgeschieden werden kann, während andererseits etwas bewußt befürwortet wird. Dies trifft jedoch bei den gesellschaftlichen Verwirklichungen nicht zu. Was das Subjekt verwirklicht und wofür es sich entscheidet, ist weitgehend von seinem Willen unabhängig, ist vielmehr bedingt durch die sich in Möglichkeiten übersetzenden gesellschaftlichen Notwendigkeiten.

So sahen das auch die klassischen bürgerlichen Denker Kant und Hegel. Für Kant *"ist der Wille nichts anderes, als die praktische Vernunft. Wenn die Vernunft den Willen unausbleiblich bestimmt, so sind die Handlungen eines solchen Wesens, die als objektiv notwendig erkannt werden, auch subjektiv notwendig, d.i. der Wille ist ein Vermögen, nur dasjenige zu wählen, was die Vernunft, unabhängig von der Neigung, als praktisch notwendig, d.i. als gut erkennt."*<sup>[38]</sup> Daß die bürgerliche Freiheit mit Willkür nichts zu schaffen habe, wußte auch Hegel: *"Wenn man sagen hört, die Freiheit sei das, was man wolle, so kann solche Vorstellung nur für gänzlichen Mangel an Bildung des Gedankens genommen werden (...)."*<sup>[39]</sup> Es ist dies sozusagen das Selbstmißverständnis des freien Bürgers, eine Einbildung par excellence. *"Da der Ausgangspunkt all seiner Entschlüsse sein freier Wille ist, wird ihm dieser zur ursprünglichen Kategorie. Der freie Wille erscheint nicht als Moment und Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern als deren Voraussetzung."*<sup>[40]</sup> *"Das linksdemokratische Denken begreift nicht, daß die demokratische Diskursform in allen ihren denkbaren Institutionalisierungen ihrem Wesen nach keine "Freiheit" (Entscheidungsfreiheit) schlechthin, sondern immer nur einen Entscheidungszwang innerhalb der Formzwänge der Warengesellschaft darstellt. Die demokratische Freiheit ist identisch mit dem diktatorischen Zwang, den sogenannten "freien Willen" bis ins Unendliche in der Form einer Verwertung von abstraktem Wert geltend zu machen, deren "Gesetze" das demokratische Universum begrenzen wie die Lichtgeschwindigkeit das physikalische Universum."*<sup>[41]</sup>

Je mehr die Demokratie als gesellschaftliche Deformation zu sich kommt, desto höher wird sie als Ideal beschworen. Je deutlicher sie sich verwirklicht, desto weniger wird ihr diese Wirklichkeit unterstellt. Das abstrakte Prinzip wird ideologisch seiner Konkretisierung beraubt, geradeso als hätten beide nichts miteinander zu tun. Die inhaltliche Kritik der Gesellschaft wird zur Unmöglichkeit, wenn man sie von ihren Werten und Begriffen entkoppelt, ja vor allem diese gegen sie ins Treffen führt. Die Grünen fragen so erst gar nicht, warum es so sein muß wie es ist, sondern huldigen in ihrem idealtypischen Voluntarismus den unbegrenzten Möglichkeiten der Politik. Sie gehen wahrlich davon aus, daß es anders sein könnte, ließe man sie nur machen.

Das Einklagen der Diskrepanzen von Realdemokratie und Verfassung gehört überhaupt zu einem Sport österreichischer Intellektueller, ist also nicht primär ein grünes Phänomen, wenngleich der dort vorgetragene Refrain kanonisiert wird wie selten wo. Josef Haslinger etwa, der sich als

sozialliberales Gewissen der Nation versteht, schreibt: *"Das Parlament ist in Österreich schon jahrzehntelang nur das Vorzimmer der eigentlichen Entscheidungsgremien. Man läßt Gesetze beschließen, über die man sich im Hinterzimmer längst geeinigt hat. Die parlamentarische Demokratie, im alten emphatischen Sinne der Ort öffentlicher und freier Auseinandersetzung und Entscheidung der Volksvertreter, ist durch die Sozialpartnerschaft lahmgelegt. Damit im Vorzimmer nichts Unerwartetes geschehen kann, haben die Großparteien den Klubzwang eingeführt."*<sup>[42]</sup> Oder auch Robert Menasse: *"Seiner Verfassung nach ist Österreich eine parlamentarische Demokratie. Das ist allerdings nicht die Wirklichkeit. Denn alle wesentlichen Entscheidungen werden nicht von gewählten Volksvertretern im Hohen Haus getroffen, sondern von demokratisch nicht legitimierten Funktionären in den Gremien der Sozialpartnerschaft."*<sup>[43]</sup> Diese Autoren fallen allesamt auf das Selbstmißverständnis der Demokratie herein, nehmen ihre Ideologie als bare Münze. Die Konstruktion eines Spannungsverhältnisses zwischen Norm und Wirklichkeit ist aber sekundär, von geringfügiger empirischer Bedeutung, primär dient sie einer Tabuisierung des Gegenstandes überhaupt. Dieser wird der Kritik entzogen, denn was die Demokratie sein könnte, darüber sind sich Kritiker wie Verwirklicher ja einig.

Da waren der schlaue Kelsen und seine Bundesgenossen in der Formulierung der Bundesverfassung schon weiter. Der Artikel 1 lautet nicht von ungefähr: *"Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus."* Die Kelsensche Fiktion der Repräsentation übersetzt in die Fiktion der Selbstherrschaft des Volkes hat darin ihren Eingang gefunden. Denn: Wenn etwas wovon ausgeht, heißt es ja, daß es nicht dort ist! In dieser Hinsicht ist dieser Satz als durchaus genial zu bezeichnen, da er in seiner grammatikalischen Konstruktion einerseits den Anspruch festhält, andererseits die Wirklichkeit korrekt wiedergibt. *"Das Volk wird über Volksvertretungen politisch relevant"*,<sup>[44]</sup> schreibt Niklas Luhmann. Das Volk kann also nur fiktiver Bezug sein, es selbst kann nicht oder doch nur sehr begrenzt Recht schaffen.<sup>[45]</sup>

Das Parlament dient zweifellos auch als Normierungs- und Standardisierungsmaschine gesellschaftlicher relevanter Opposition. Mit dem Einzug in die repräsentativen Körperschaften kann nichts so bleiben wie vorher. Die Vertretungskörperschaften bestimmen deutlicher ihre Vertretungen als diese jene. Ihre Form läßt nur dieser Form entsprechende Inhalte zu. Joachim Raschke etwa benennt als für ihn positive Momente der Fremdstrukturierung den Professionalisierungsdruck, den Komplexitätsdruck, den Konkretisierungsdruck, den Öffnungsdruck, den Effizienzdruck und den Einigungsdruck.<sup>[46]</sup> Die Anforderungen parlamentarischer Tätigkeit richten die Opposition nach jenen Kriterien aus. Wir kennen keinen Fall, wo es wirklich gelungen ist, diese Fremdstrukturierung zu durchbrechen. Sie ist ehernes Gesetz des Parlamentarismus. Parlamentarismus heißt Parlamentarisierung. Parlamentarische Opposition ist nur im System möglich, nicht zum System. Ein revolutionärer Parlamentarismus, wie er etwa Lenin vorschwebte,<sup>[47]</sup> ist eine Unmöglichkeit. Die deklamatorischen Auftritte radikaler Oppositioneller beschränken sich so meist auf ihre Frühzeit und Extremsituationen. Nachdem sie

stattgefunden haben, wird zur Tagesordnung übergegangen, gerade so, als hätten sie gar nicht stattgefunden. Der Reformismus ist dem Parlamentarismus immanent, der Revolutionarismus hingegen ist ihm wesensfremd. Er ist nicht kompatibel, was meint, daß er parlamentarisch zum Untergang verurteilt ist. Deshalb war auch der revolutionäre, nicht sachlich-konstruktiv orientierte Ansatz grüner Parlamentspolitik zum Scheitern verurteilt. Um ein Beispiel anzuführen: Thomas Ebermann, der 1987-89 für den ökosozialistischen Flügel der deutschen GRÜNEN im Bundestag saß, ja sogar für ein Jahr deren Sprecher war, vermochte mit seiner *"demonstrative(n) Ignoranz"*,<sup>[48]</sup> wenig auszurichten. So sehr er vorher in der Hamburger Bürgerschaft mit demselben Auftreten noch zwischenzeitlich brillieren konnte,<sup>[49]</sup> war dieser parlamentarischen Taktik a priori kein Erfolg zuzutrauen. Die Verweigerung, so einsichtig sie auch sein sollte, verpufft in den parlamentarischen Hallen.<sup>[50]</sup>

Ebenso typisch für die Parteiengeschichte des 20. Jahrhunderts ist die stets dominante Stellung der Abgeordnetenfraktionen in den Organisationen. *"Der Parlamentsklub ist die Grüne Alternative"*,<sup>[51]</sup> schreibt Sonja Puntcher-Riekmann. Aus der öffentlichen Identifizierung macht sie eine tatsächliche. Doch sie hat so unrecht nicht. Mit der Etablierung der Fraktion ordnete diese einerseits sich dem Parlamentarismus unter, unterordnete sich aber andererseits die Parteiorganisation. Das delegierende Gremium wird durch das delegierte Gremium seinerseits dem Parlamentarismus ausgeliefert. Insofern spielen die Fraktionen den dynamischen und die Parteiorganisationen den bremsenden Faktor bei der Reintegration oppositioneller Gelüste ins System. Lenins Beobachtung trifft dahingehend auch auf die Grünparteien zu: *"In allen Ländern der Welt beobachtet man in der Regel, daß die Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretungen der Arbeiterparteien im Vergleich zur Zusammensetzung der Arbeiterparteien selbst opportunistischer ist."*<sup>[52]</sup> Dieser Opportunismus als Gelegenheitsvernunft ist strukturell bedingt, hat wenig mit Verrat oder Bestechung zu tun. Die Partei ist dem Klub jedenfalls hilflos ausgeliefert, er gibt Tempo und Richtung vor, während die Parteiorganisation (und vor allem ihre mittleren Gliederungen) nur Rückzugsgefechte liefert. Es ist ein furchtbar ungleicher Kampf, bei dem die infrastrukturelle Macht über jeden zuwiderlaufenden Parteitagbeschuß letztendlich obsiegt. *"Profis gegen Amateure - dies beschrieb bald das Grundverhältnis zwischen Bundestagsfraktion und Parteigremien (...)"*<sup>[53]</sup> Die Bundesvorständler bezeichnet daher Hubert Kleinert richtigerweise als *"arme Verwandtschaft"*.<sup>[54]</sup> Und Andrea Komlosy schreibt: *"Alle Macht und Mittel der Austrogrünen konzentriert sich in den Händen der Fraktion. Die Partei ist ihr untergeordnet, finanziell abhängig und zu eigenständigen Aktivitäten (...) nicht ermächtigt."*<sup>[55]</sup> Dahingehend unterstützend wirken auch die in westlichen Demokratien installierten Parteifinanzierungssysteme, die an Wahlen gekoppelt, die Parteiapparate über ihre Klubs von Staatsgeldern abhängig machen, wobei sie in ihrer Logik zusätzlich den Klub höher gewichten als die Apparate. Die Politik der Klubs und Sekretariate orientiert sich primär an der Selbsterhaltung bzw. Selbstaussweitung. Allem, was dieses Interesse fördert wird instinktiv nachgegangen, alles, was stört, bekämpft. Zum höchsten Maßstab parlamentarischer Politik werden so die Wählerstimmen, eben weil über sie vermittelt

abgerechnet wird. Sie sind das Seinskriterium bürgerlicher Politik schlechthin. Insofern erscheint die Übersetzung von Profitmaximierung in Stimmenmaximierung auch richtig.

Das bürgerliche Repräsentativsystem wird mittlerweile von den realpolitischen Mehrheitsströmungen positiv affirmiert. Über die Etablierung der GRÜNEN schreibt ihr ehemaliger parlamentarischer Geschäftsführer Kleinert: *"Es läßt auf die Funktionsfähigkeit des pluralistischen Systems in einer repräsentativen Demokratie schließen. Wo die anderen Parteien eine in der Gesellschaft immer stärker für notwendig erachtete Reformleistung nicht mehr zu erbringen vermochten, entstand der Raum für einen neuen parteipolitischen Konkurrenten."*<sup>[56]</sup> Als grüner Konsens kann heute gelten, was der ökolibertäre<sup>[57]</sup> Chefideologe Thomas Schmid schon vor einem Jahrzehnt forderte, nämlich ein klares Bekenntnis zum Parlamentarismus: *"Es gäbe dann keinen Sinn mehr, in das Hohngelächter über ihre Machtlosigkeit einzustimmen, es wäre vielmehr wünschenswert, die Parlamente als politische und gesellschaftliche Organe aufzuwerten. Man sollte ihnen nicht die fehlende Befugnis vorhalten, sondern ihnen neue Befugnis erkämpfen."*<sup>[58]</sup> Auch Peter Pilz fordert: *"Mehr Parlament."*<sup>[59]</sup> Und Andreas Wabl erlebt dort schon *"Sternstunden der österreichischen Demokratie."*<sup>[60]</sup>

Demzufolge haben die Grünen auch den Anspruch, die besten Parlamentarier zu sein. Sie halten pro Abgeordneten die meisten Reden, formulieren die meisten Anfragen, sind eifrig in den Ausschüssen; kurzum für alles zu haben, was vorgegeben ist. Die ehemalige Hinterbänklerin Holda Harrich beschreibt die Dynamik der Klublinie so: *"Wir sind präsent, doppelt und dreifach. Man muß einfach zu jedem Thema etwas sagen, mindestens einer, möglichst aber drei."*<sup>[61]</sup> Demonstriert soll damit werden, daß man den Parlamentarismus ernster nimmt als die anderen, oder anders ausgedrückt: daß man die meisten Illusionen in ihn hat.

Der grüne oberösterreichische Abgeordnete Rudi Anschöber ist da wohl einer der fleißigsten. Seine Emsigkeit kennt keine Grenzen. 1991 brachte er alleine 167 Anfragen ein, 1992 waren es gar 183.<sup>[62]</sup> Die Klubobrau Madeleine Petrovic hält nach dem ersten Halbjahr 1994 bei gezählten 86. Letztendlich sind solche Tätigkeiten in dieser Quantität nur noch reine Beschäftigungstherapie, was bedeutet:

- o der Abgeordnete erarbeitet die Anfragen bzw. bearbeitet und redigiert sie;
- o Mitarbeiter des Klubs besorgen das Abtippen, das Kopieren, das Einreichen, das Computerisieren, das Beschlagworten etc.
- o Bürokrationen beantworten die Fragen, verdoppeln die im vorigen Punkt angeführten Tätigkeiten;
- o Schließlich landen die Anfragen und die Beantwortungen im Protokoll bzw. in dessen Beilagen, finden dort ihr papierenes Grab.

Im Himmel mag solche Artigkeit ihre Belohnung finden, auf Erden müssen wir jedoch ihre Sinnhaftigkeit diskutieren. Stunden, Tage, Wochen, Monate, ja Jahre von Arbeitsverausgabung verlaufen sich in Protokollen, Ordnern und Computern. Politische Arbeit wird hier auf das Niveau von Katalogisieren gebracht. Abstrakte Arbeitsverausgabung ohne konkreten Sinn dominiert auch das politische Geschäft. Nur in den seltensten Fällen wird auf diese oder jene Anfrage bzw. ihre Beantwortung zurückgegriffen werden. In ihrer Substanz sind diese Arbeiten reine Makulatur. Der Aufwand steht in keiner Relevanz zum Ergebnis. Der Input kennt keinen entsprechenden Output. Die unzähligen menschlichen Arbeitsstunden, die hierfür vernutzt werden, könnten anderweitig viel produktiver und kreativer gestaltet werden. Doch ist dieses Verhalten nur vordergründig auf Charaktereigenschaften ihrer Träger zurückzuführen, primär schnappt hier das zu, was wir auf der Erscheinungsebene Parlamentarismusfalle nennen. Die Kriterien des parlamentarischen Betriebs werden zu den Kriterien der in ihnen vertreten Klubs. Das Verhältnis kehrt sich um: Nicht die Grünen benutzen das Parlament, sondern das Parlament benutzt die Grünen. Sie stellen sich nicht mehr die Frage: Was wollen wir?, sondern: Was haben wir zu wollen? Nicht: Was tun wir?, sondern: Was ist zu tun? Der Passiv frißt den Aktiv, und die Tätigkeiten verewigen sich in Leideform. In ihrem strebsamen Hang, die besten Parlamentarier zu sein, erkennen sie nicht die Fatalität dieses Wunsches. Sie begeben sich als kleine Fraktion in die Mühlen des Systems, dessen Bestandteil sie werden, ein Rädchen im Getriebe. Diese quantitative Brillanz ist letztendlich unergiebig, sie vergeudet Energie, Kraft und Nerven. Sie zehrt an der Substanz, ohne dem Kollektiv äquivalent etwas einzubringen. Die Leistungen grüner Politik können nicht an den durch sie verursachten Zentimetern der Beilagen der Parlamentsprotokolle gemessen werden. Anschouer und Kollegen können heute und später in den Akten blättern und sich ihres Fleißes erfreuen, wirklich interessieren wird das sonst niemanden, und zurecht. Die Hitparaden der Emsigkeit sind nichts anderes als historische Humoresken, die sich an den abgeordneten Subjekten realisieren.

Das permanente Reden für das Protokoll (inklusive die Verfertigung von Schriftstücken für dessen Beilagen) ist ein Kennzeichen des Parlamentarismus. Würde man die Sitzungen öffentlich übertragen, wie das die Grünen fordern,<sup>[63]</sup> würden vorerst, d.h. bis zur Abstumpfung der Zuhörer und Zuseher, die Sitzungen noch länger dauern, da es nun noch zwanghafter würde, am Rednerpult zu erscheinen, um den Wählern die Botschaft mitzuteilen, daß man die Sache ernst nimmt, für ihre Interessen da sei. Die Redner spielen Redner. Was sie sagen interessiert, außer in Ausnahmefällen, kaum. Das zu Hörende ist schon meistens bekannt, erklingt nur in der x-ten Auflage. Es ist daher zu fragen, ob das parlamentarische Spiel eine Tätigkeit ist, oder doch vielmehr bloß eine Betätigung. Nicht ganz zu Unrecht wird sie daher sowohl in der antiken als auch in der modernen Kritik als *"Trödelbude"*<sup>[64]</sup> (Platon) oder als *"Quatschbude"*<sup>[65]</sup> (Lenin) begriffen. Das Parlament ist eine Scheinwelt: es wahrt den Schein von Repräsentation und freien Willen. Denn nichts anderes kann die Demokratie sein, denken wir z.B. Kelsen zu Ende: die scheinbare Herrschaft des Volkes über sich selbst.

Kritik an der eigenen Emsigkeit gab es natürlich auch bei den Grünen selbst, wengleich daraus keine Konsequenzen gezogen werden konnten. Marieluise Beck-Oberdorf, eine der ersten Fraktionssprecherinnen der bundesrepublikanischen GRÜNEN schreibt 1984 im ersten Fraktionsbericht: *"Bienenfleiß im Detail ersetzt keine Strategie, ein Warenhauskatalog begründet keine langfristige politische Linie - und dies kennzeichnet unser Dilemma. Hier rächt es sich, daß wir in gewisser Weise nur "losgewurschtelt" haben, ohne grundsätzliche Vorüberlegungen auch durch die Partei, welche Rolle der parlamentarischen Arbeit, der Arbeit einer Fraktion zukommen soll."*<sup>[66]</sup> Oder Johannes Voggenhuber. *"Durch das ständige Reagieren auf Tagespolitik und Parlament entsteht eine (entbehrliche) Scheinbetriebsamkeit."*<sup>[67]</sup> Aber gerade daß diese nicht durchbrochen werden kann, zeigt doch, daß es sich hier um einen politischen Zwang, ein gesellschaftliches Gesetz handelt. Nur so kann erklärt werden, daß Wollen und Handeln keine Einheit in der parlamentarischen Praxis finden. Dieser Widerspruch ist freilich auf Dauer nicht durchzustehen, niemand kann zusehen, wie sich die Absichten laufend an der Realität blamieren. So passen sich dann meist die Absichten der Realität an. Der Renitenz folgen Abgeklärtheit und Zynismus. So weit sind freilich die Grünen noch nicht, doch der Weg ist vorgezeichnet.

Es gibt freilich keine Muster oder Vorgaben, wie man sich der Parlamentarismusfalle entziehen könnte. Wie bereits erwähnt, halten wir eine parlamentarische Politik außerhalb der parlamentarischen Logik für unmöglich, gehen davon aus, daß sich jede radikale Politik, die sich auf den Parlamentarismus einläßt, von ihm aufgesogen werden muß, daß diese Gesetzmäßigkeit nicht durch subjektives Verlangen oder subjektive Kraft gebrochen werden kann. Was weiters nichts anderes heißt, als daß jede Politik im Parlament, unabhängig von ihren Intentionen, schlußendlich in einem seichten Reformismus enden muß, aus jeder Opposition zum System eine Opposition im System wird. *"Damit werden die Konsequenzen einer realpolitischen Logik deutlich - die GA, sobald sie sich auf den Parlamentarismus einläßt, läßt sich auch auf das Denken in realpolitischen Alternativen ein. Und das führt letztendlich dazu, daß auf die GA auch zunehmend an die Stelle des fundamentalistischen "Entweder-Oder" das realpolitische "Mehr oder Weniger" setzt."*<sup>[68]</sup> Das mag jetzt, bezieht man keinen dezidierten Realo-Standpunkt wie der eben zitierte Anton Pelinka, äußerst skeptisch klingen, sagt jedoch nichts anderes aus, als daß die Pfade der Emanzipation heute mit den parlamentarischen Körperschaften, ja mit der Politik schlechthin wenig zu tun haben. Was bei den Grünen jedoch so peinlich auffällt, ist die kaum vorhandene Reflexion darüber, geschweige denn eine Kritik daran. Sie laufen der parlamentarischen Logik blindlings hinterher, konzentrieren einmal mehr alle parlamentarischen Illusionen, die dem Reformismus charakteristisch sind.

Grüne Politik befindet sich aber auch in dem Dilemma, daß einerseits eine Normierung der Inhalte angelegt ist und erzwungen wird, andererseits ein dazu passender moderater Tonfall die Grünen aus sämtlichen Schlagzeilen bringen würde, weil sie sich doch dann zu deutlich auf das reduzieren würden, was sie sind: eine zusätzliche Allerweltpartei. Es gilt daher die Spurenelemente der Differenzen aufzubauschen, jede Mücke wird ein Elefant. Was folgt ist die Überfrachtung der

Kommunikation durch Reizwörter. Die wirkliche Differenz und die tatsächliche Wortwahl liegen so weit auseinander, man muß daher von einer Maßlosigkeit der Artikulation sprechen. Diese Maßlosigkeit führt unweigerlich dazu, daß die spezifische Größe der Konflikte innen und außen nicht mehr adäquat nachvollzogen werden kann. So korrespondieren bei den Grünen Entradikalisierung und Rabiatisierung in einer sehr eigentümlichen Inszenierung, die zwischen Verdammnis und Schönfärberei alle Register zieht. Da erlebt der eine Klubobmann Sternstunden der Demokratie, wo der andere gar keine sieht. Und obwohl sich das augenscheinlich widerspricht, widerspricht es sich nicht.

Je mehr die Grünen sich anpassen, desto frecher werden manche Exponenten. So ertönt dort ein lautes Geschrei, wo es bloß um Nuancen geht. Oft könnte man meinen, die Welt bricht zusammen. Aber auch die Maßlosigkeit des Stils, diese Entkoppelung von politischer Aussage und formalem Auftreten ist auf die Dauer nicht durchhaltbar. Auch die Grünen selbst debattieren über ihren politischen Stil. In den Klubprotokollen liest sich das so:

*"Peter Pilz: Der politische Stil des Klubs mißfällt. Es wird allgemein so empfunden, daß wir immer gleich, nämlich aggressiv, reagieren. Die reine Verweigerungsstrategie ist ausgereizt. (...)*

*Andreas Wabl: Wir treten als die grünen Oberaufklärer der Nation auf und agieren ständig mit dem höchsten Maß an Schärfe. (...) Es wird Zeit, daß wir differenzierter agieren. (...)*

*Christoph Chorherr: Die Stilfrage ist in zweiter Linie interessant, in erster Linie die inhaltliche. Die politische Marktlücke, aufmerksam zu machen, haben wir gefüllt, doch diese Zeit ist vorbei. Jetzt wäre es primär wichtig, Problemlösungskapazität zu vermitteln und gewisse grüne Reflexe zu überwinden, auch eine gewisse Sprache. (...)*

*Franz Floss: In der Partei gibt es sowohl positive als auch negative Reaktionen in bezug auf den Klub. Der Stil wird durchgehend als zu scharf und überzogen empfunden. Der Spielraum ist enger geworden. Wir sind hauptsächlich verbal, nicht politisch schärfer geworden, und es tut not, inhaltlich zu konkretisieren statt verbale Attacken zu reiten.*

*Johannes Voggenhuber: Diese Debatte kenne ich seit 1977. Nachträglich läßt sich sagen, daß jene die erfolgreichsten Zeiten waren, in denen eine Polarisierung stattgefunden hat. Es ist nicht sinnvoll, sich die Latte in Auseinandersetzungen immer niedriger zu legen. Es hat sich bewährt, bis zu dem Punkt zu eskalieren, an dem Entscheidungen fallen müssen, und wir sind hier im Parlament nahe davor. Natürlich wird alles mobilisiert inklusive Kommentatoren in den Medien, um uns auszuschalten. (...)*

*Andreas Wabl: Die Botschaft, die von uns vermittelt wird: alle - außer uns - sind Lumpen. Sind 80% der Bevölkerung, die diese gewählt haben, also so dumm und fehlgeleitet? Wir halten einen ständigen, hohen Anklage- und Angriffspegel. Diese Angriffe müssen nuanciert werden. (...)*

*Manfred Srb: "Grünbeschimpfung" auf dem Bundeskongreß durch Voggenhuber und im profil-Artikel durch Pilz ist ein weit größerer Schaden. Hauptverantwortliche für diesen Stil sind Pilz und*



Voggenhuber." [69]

*"Im Kabinett der Zyniker erscheinen keine individualisierten Persönlichkeiten, sondern Typen, das heißt Zeit und Sozialcharaktere."* [70] Der Sloterdijksche Begriff des "Kabinetts der Zyniker" trifft auf das Parlament in hohem Ausmaße zu. Desillusionierte Abgeordnete, großgeworden beim Hauen und Stechen, die zusehends vom Mittel zum Selbstzweck, d.h. Ziel, geworden sind, schenken sich nichts. Das Ritual der Beschimpfung geht oft bruchlos und klaglos über in jenes der gegenseitigen Beweihräucherung und des Schulterklopfens. Man staunt oft nur so. In der öffentlichen Sicht des Gesunden Menschenverstands ist diese Mischung aus "Kalt-Warm" natürlich schwer nachvollziehbar, verfestigt vielmehr nur Vorurteile. Politiker werden als eine Ausgeburt von Lumpen wahrgenommen, die sie zweifellos nicht sind. Wir würden sogar eher umgekehrt annehmen, daß kaum ein Bevölkerungssegment hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen und individuellen Möglichkeiten, so kreuzbrav und gesetzestreu ist wie die Politiker, und zwar deshalb, weil es kaum jemanden gibt, dem mehr auf die Finger und neuerdings auch unter die Tüchent geschaut wird als den Volksvertretern. Ihre Skandalanfälligkeit ist gesellschaftlich inszeniert, nicht individuell bedingt.

An einigen konkreten Beispielen wollen wir jetzt noch demonstrieren, daß das grüne Demokratieverständnis dem obligaten demokratischen Konsens entspricht, keine prinzipiellen Unterschiede zur etablierten Politik auszunehmen sind, die Differenzen allesamt graduellen Charakter haben.

Eine der zentralen grünen Parolen ist etwa die Forderung nach mehr unmittelbarer oder direkter Demokratie. Diese wird oft als Ergänzung, manchmal sogar als Alternative zur repräsentativen Demokratie gesehen. Von den Grünen wird daher durchgängig die Erweiterung direktdemokratischer Spielräume (Volksabstimmungen, Volksbefragungen, Volksbegehren etc.) verlangt, wengleich diese Forderungen schwerpunktmäßig allmählich zurückgedrängt werden. [71] Die Schwachpunkte der direkten Demokratie sind hingegen kaum Gegenstand der Debatte, der progressive Grundcharakter plebiszitärer Formen scheint den Grünen als selbstverständlich gegeben. Als Probleme seien hier unsererseits genannt:

o Problem der Fragestellung: Diese muß von einem repräsentativen Gremium vorentschieden werden, sei es das Parlament, eine Partei, eine Bürgerinitiative oder einzelne Privatpersonen. Die Fragestellung kann nicht direktdemokratisch bestimmt werden, sie wird vorgegeben. [72]

o Problem der Ergänzungsfragen: Im Prinzip sind direktdemokratisch nur Entscheidungsfragen, d.h. Fragen, die sich auf die Antworten "Ja" oder "Nein" konzentrieren zulässig und seriös. [73] Die meisten zu treffenden Entscheidungen sind jedoch viel komplexer, würden also in ihren Anforderungen das Wahlvolk überlasten.

o Problem der Transparenz: Entscheidungen durch den Wähler bedürfen ausreichender Information und Aufnahmebereitschaft. Beide Momente können nicht beliebig ausgeweitet werden. Es ist vielmehr heute davon auszugehen, daß ihre Grenzen enger sind als angenommen. Übersättigte Transparenz und Partizipation schlagen oft in ihr Gegenteil um.

o Problem des Populismus: Um ausreichend mobilisieren zu können, müssen maßgebliche und geldkräftige gesellschaftliche Konglomerate direktdemokratische Initiativen tragen oder unterstützen.<sup>[74]</sup> Die praktischen Beispiele der letzten Jahre zeigen, daß etwa bei Volksbegehren Basisinitiativen (z.B. das Anti-Abfangjäger-Volksbegehren 1985), ja sogar FPÖ-Begehren letztendlich äußerst schlecht abschneiden. Als wirksames Instrument bleibt es so wenigen Kräften vorbehalten.

o Problem der Wahlbeteiligungen: Auch hier ist davon auszugehen, daß bei einer quantitativen und qualitativen Überfrachtung direktdemokratischer Formen, die Beteiligungen stark rückläufig sein werden bzw. von keinen repräsentativen Ergebnissen mehr gesprochen werden kann.<sup>[75]</sup>

Die Bürgerbeteiligung - in welcher Form auch immer, seien es Parteistellungen oder plebiszitäre Momente - wird nur den veränderten Legitimationskriterien gerecht, ohne substantielle Veränderungen zu beinhalten. Die Bürger werden darin zum Mitmachen ermuntert, ja gezwungen. Der Wiener SPÖ-Stadtrat Fritz Hofmann schrieb bereits 1980: *"Die Volksbefragung soll jene "Rückendeckung" aus der Bevölkerung bringen, die es ermöglicht, scheinbar unpopuläre, in Wirklichkeit aber notwendige und von den Menschen auch akzeptierte Maßnahmen rascher als bisher zu verwirklichen."*<sup>[76]</sup> Zehn Jahre später hört sich das in Vranitzkys Regierungserklärung so an: *"Wir müssen darangehen, unsere parlamentarische Demokratie, die ein unzweifelhaft hohes Gut an sich ist, gedanklich und einstellungsmäßig umzubauen. Die Stärke im Wettstreit der Ideen, die inhaltliche Unbestechlichkeit und die Qualität der Führung der Republik zu guten und glückhaften Zielen müssen die Angebote an den Staatsbürger sein. Es muß gelingen, diese Ziele der Politik dem Staatsbürger so nahe zu bringen, daß er ausreichend Vertrauen schöpft und die notwendige Geborgenheit erkennt, innerhalb derer er sein Schicksal in die eigene Hand nimmt, weil er damit die Erkenntnis verbindet, im Ernstfall auch nicht im Stich gelassen zu werden."*<sup>[77]</sup> Genau darum geht es. Dem Bürger soll das Gefühl gegeben werden, daß etwas mit ihm geschieht, nicht gegen ihn. Das Ergebnis ist nicht qualitativ unterschiedlich, die Entscheidungsprozesse sind aber formal anders gelaufen. Abgesehen davon, daß dieses Verfahren äußerst verwaltungsaufwendig ist und somit objektive Grenzen kennt, hat es aber doch den eindeutigen Vorteil, daß die Verantwortung ideologisch umverteilt werden kann.

Direktdemokratische Entscheidungsformen werfen jedenfalls mehr Probleme auf als sie lösen. *"Überhaupt stellt sich die Frage, inwiefern Plebiszite verläßliche Instrumente der erweiterten Partizipation sein können. Können sie sich nicht auch eher zu Instrumenten der Partizipationsabwehr entwickeln, da sie letztendlich eindeutig Minderheiten feststellen können und*

somit außerparlamentarischen Initiativen die Legitimation zur politischen Aktivität entziehen."<sup>[78]</sup> In der ersten Republik stand man auf der linken Seite diesen Formen auch mehr als reserviert gegenüber. Max Adler schreibt: *"Zeigt uns ja auch die Geschichte, daß gerade die Demokratie in dieser ihrer unechten Form in der Hand gewaltiger Demagogen ein mächtiges Mittel war, im Wege angeblicher Volksabstimmungen die eigene Macht zu begründen. Alle "Plebiszite" von der Art, wie sie das Kaisertum Napoleons III. oder die Macht Mussolinis begründen, sind dafür eindrucksvolle Beispiele."*<sup>[79]</sup> Hans Kelsen hält sie schlichtweg für eine *"primitive Form"*,<sup>[80]</sup> und Karl Renner sieht in ihnen gar *"die kühnste Fälschung der Demokratie."*<sup>[81]</sup> Unsere Kritiker haben hier zweifellos alle recht, doch impliziert ihr Standpunkt auch, daß die Zuspitzung der Demokratie, die reine Demokratie, nichts anderes als die Diktatur sein kann, sie somit beschnitten werden muß, will sie sich nicht selbst aufheben. Es ist auch kein Zufall, daß die vehementesten Vertreter direktdemokratischer Formen sich heute in rechtspopulistischen Parteien und Medienprodukten tummeln. Und doch sollten alle Freunde der Demokratie eines nicht vergessen, wenn sie die rigide Auffassung eines Kelsen oder Renner tadeln. Was auf griechisch demos heißt, heißt lateinisch populus. Der konsequente Demokratismus ist der Populismus, was bedeutet: den Leuten auf den Mund schauen, ihren Stimmungen nachgeben. Das geht freilich nur begrenzt, sind doch diese Gemütslagen singulär bedingt, d.h. in ihrer Summe nicht konsistent und somit nicht verwirklichtbar. Der Populismus kann so nicht bedingungslos dem Volk folgen. Will der Populist bleiben, muß er den Populismus in die Diktatur transformieren.

Im Oktober 1989 legte der grüne Parlamentsklub seinen Vorschlag<sup>[82]</sup> zur Novellierung der Nationalratswahlordnung vor.<sup>[83]</sup> Die Ziele wurden wie folgt zusammengefaßt:

- 1) Exaktestmögliche Umsetzung der Stimmen in Mandate, damit jede relevante Gruppe in der Wählerschaft ihre Vertretung im Parlament findet.
- 2) Zusätzlich zur Wahl einer Partei soll der Wähler zwischen Personen - auch unabhängig davon, ob sie der von ihm gewählten Partei angehören, oder nicht - entscheiden können.
- 3) Stärkung der Einflußnahme des Wählers auf die Kandidatenreihung der von ihm gewählten Partei als Ausdruck von Präferenzen für Personen und Gruppen.
- 4) Grundsätzliche Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten zur Erzielung höherer Legitimität.
- 5) Stärkung der Wettbewerbselemente zwischen Kandidaten und Parteien.<sup>[84]</sup>

Das Bundesgebiet wird im grünen Wahlvorschlag in 1 Wahlkreisverband, 9 Wahlkreise (= Bundesländer) und 21 Wahlbezirke<sup>[85]</sup> (5 in Oberösterreich, je 4 in Niederösterreich und der Steiermark, 3 in Wien, je 1 in den restlichen Bundesländern<sup>[86]</sup>) eingeteilt. Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und am Stichtag das 16. Lebensjahr vollendet haben.<sup>[87]</sup> Wählbar sind alle, die am Stichtag das 19. Lebensjahr vollendet haben.<sup>[88]</sup> Gerichtliche Verurteilungen stellen keinen Wahlausschließungsgrund mehr dar.<sup>[89]</sup> Die

Bewerbung des Wahlwerbers im Wahlbezirk erfordert die Unterstützung von mindestens 1 Nationalrat oder von mindestens 50 im Wahlbezirk wahlberechtigten Personen.<sup>[90]</sup> Der Kreiswahlvorschlag muß von 1 Nationalrat oder von einer bestimmten Anzahl von Wahlberechtigten unterstützt werden.<sup>[91]</sup> Die notwendigen Unterstützungserklärungen sollen nicht beseitigt, aber doch drastisch reduziert werden (z.B. Wien 180 statt 500, Oberösterreich 155 statt 400 etc.).<sup>[92]</sup> Der amtliche Stimmzettel des Wahlbezirks und des Wahlkreises ist schließlich in zwei gleich große Teile zu untergliedern.<sup>[93]</sup> Links sind die einzelnen Wahlwerber in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet, rechts die wahlwerbenden Gruppierungen (Parteien) nach dem Stärkeverhältnis bei der letzten Nationalratswahl. Der Wähler kann wie bisher eine Parteiliste und einen Vorzugsstimmenkandidaten derselben bezeichnen.<sup>[94]</sup> Darüberhinaus können je nach Größe des Wahlbezirks 2-3 Wahlbewerber - und zwar unabhängig von irgendeiner bestimmten Listenzugehörigkeit - gewählt werden. Sie erhalten Wahlpunktezahlen.<sup>[95]</sup>

Die Mandatszuweisung im grünen Vorschlag kennt drei Stufen. Im ersten Ermittlungsverfahren<sup>[96]</sup> werden 133 der 183 Nationalratsmandate entsprechend der Bürgerzahl aufgeteilt. Im Wahlbezirk sind diejenigen Bewerber gewählt, auf die zumindest so viele Stimmen entfallen, wie die ermittelte Wahlzahl des Wahlbezirks beträgt. Im zweiten Ermittlungsverfahren<sup>[97]</sup> sollte das alte Grundmandatsverfahren gelten, d.h. die Anzahl der Landeslistenmandate ergibt sich als Differenz ihrer Grundmandatszahl zur Zahl ihrer Wahlbezirksmandate. Der Listenkandidat, der mindestens 15% der Wahlzahl oder 3% der Parteistimmen erreicht, ist auf der Landesliste direkt gewählt.<sup>[98]</sup> Überhangmandate sind möglich.<sup>[99]</sup> Im dritten Ermittlungsverfahren<sup>[100]</sup> werden die 183 Nationalratsmandate im Verhältnis der bundesweit abgegebenen Stimmen auf die Parteien aufgeteilt. Die Anzahl der Bundeslistenmandate einer Partei ergibt sich als Differenz der bundesweiten Mandatszahl zur Anzahl der auf eine Partei entfallenden Grundmandate. Für das dritte Ermittlungsverfahren sollen Parteien außerdem Listenkoppelungen vornehmen können.<sup>[101]</sup>

Wer nun meint, das liest sich außerordentlich kompliziert, hat unzweifelhaft recht. Selbst der Versuch einer einfachen Zusammenfassung, wie er oben unternommen wurde, gestaltete sich nicht einfach. Wie überfordert erst die Wähler und die Wahlbehörden sein müßten, wenn sie den grünen Vorschlag umsetzen müßten, läßt sich nur erahnen. Die Liebe zum Detail, die wohl die Handschrift des Wahlrechtsexperten Stefan Lintl trägt, artet hier förmlich aus in ein auch für Interessierte kaum noch zu durchschauendes Modell, dessen wahre Tücken sich wohl erst bei der Anwendung inflationär zu Buche schlagen würden. Wir getrauen uns jedenfalls hier zu behaupten, daß der grüne Vorschlag weder den Wählern noch den Wahlbehörden ausgedeutet werden könnte, sodaß der banalste wie wichtigste Anspruch an ein Wahlgesetz, nämlich daß es einfach und verständlich sein soll, nicht erfüllt wird. Selbst das bundesdeutsche Wahlrecht, das um vieles einfacher ist als das grüne Modell, wird von den Wählern nur teilweise wahrgenommen. Hubert Kleinert etwa schreibt bezüglich der grünen Bundestagswahlkampf 1990, wo die westdeutschen GRÜNEN knapp die 5%-Hürde verfehlten: *"Die Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen aus dem November 1990,*

*also kurz vor dem Wahltermin, zeigen, daß nur eine eher knappe Mehrheit der Wählerschaft darüber informiert war, daß allein die Zweitstimme bei der Vergabe der Mandate an die Parteien maßgeblich, also die wichtigere der beiden Stimmen ist. Die übrigen Befragten hielten entweder beide Stimmen für gleich wichtig oder vertraten wie fast ein Drittel der Wähler sogar die Auffassung, die Erststimme sei die entscheidende. Angesichts des hohen Bildungs- und Informationsstandes der GRÜNEN-Wähler eher überraschend, hielten auch 20% ihrer Anhänger die Erststimme für die wichtigere und wahlentscheidende Stimme.*"<sup>[102]</sup> Dies sollte zu denken geben, bevor man Modelle entwirft, die so überfrachtet und kompliziert sind, daß sie kaum nachvollzogen werden können. Vor lauter Effizienz und Partizipation haben Lintl & Co. die Transparenz völlig totgeschlagen. Der gesamte Vorschlag der Grünen zur Wahlrechtsreform zeigt aber einmal mehr, daß modische Entwicklungen, seien es Forderungen nach Personalisierung oder nach einem Wahlrecht für Auslandsösterreicher, mitgetragen werden. Ihre Abweichungen sind gradueller Natur.

Nur noch graduelle Differenzen charakterisieren auch das grüne Staatsverständnis. Ihre Sicht von Rechtsstaat und Gewaltmonopol läßt keine substantiellen Unterschiede zum herrschenden Konsens erkennen. Schon bald nach ihrem Einzug in den Nationalrat wurden die Grünen zu einem umfassenden Bekenntnis gezwungen. Die Opernballdemonstration 1987, zu der sie aufgerufen hatten, und die zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Teilnehmern führte, hatte auch ein parlamentarisches Nachspiel. In ihm ging es den etablierten Fraktionen darum, die Grünen ohne Wenn und Aber auf das Gewaltmonopol festzulegen. *"Ich glaube", sagte Josef Cap, "daß die heutige Diskussion kommen mußte. Es war völlig klar, daß wir irgendwann einmal hier die Staatsdebatte haben werden, die Frage des Gewaltmonopols zu diskutieren haben werden."*<sup>[103]</sup> Und Andreas Khol, an die Adresse der Grünen: *"Wir debattieren heute Grundfragen unserer Demokratie. Ich möchte sagen: Wehret den Anfängen! Wir müssen uns heute fragen, und ich richte diese Fragen insbesondere an die Grün-Alternativen und an den Grünen Klub: Gibt es noch einen Basiskonsens in diesem Lande, sodaß wir Konflikte vor den Gerichten und im Parlament austragen? Gibt es noch den Basiskonsens, daß wir die Gesetze beachten, daß wir an den Rechtsstaat glauben? Gibt es noch den Basiskonsens, daß das Gewaltmonopol beim Staat liegt, oder suchen wir das Recht auf der Straße und nehmen das Recht in die eigene Hand?"*<sup>[104]</sup> In der Folge stellt Khol fünf Fragen an die Grünen, die sich allesamt um das Verhältnis der Grünen zu Gewalt und Rechtsstaat drehen.<sup>[105]</sup> Die Grünen werden darin vorgeführt wie die schlimmen Buben in der Schule. Der Tiroler ÖVP-Abgeordnete verlangt nicht weniger als ein Bekenntnis zum und eine Kapitulation vor dem demokratischen Konsens. Anstatt grünerseits die Gelegenheit zu einer wirklich differenzierten Staatsdebatte zu ergreifen, erhält er diese und jenes prompt. Im Original von Andreas Wabl hört sich das so an: *"Es wird in diesem Haus immer wieder verlangt, daß sich die Grünen distanzieren sollen. Ich glaube, jede Wortmeldung heute von seiten der Grünen war eine eindeutige Distanzierung von Gewaltanwendung von Personen an diesem Abend. Ich kann mich nicht erinnern, daß einer der Redner von der grünen Fraktion das nicht immer wieder wiederholt hätte. Ich kann mich nicht erinnern, daß hier irgend jemand die Gewalt relativiert hätte.*

(...) Ich distanzieren mich von jeder Gewalt. (...) Ich betone noch einmal: Ich finde, daß kein Anlaß besteht, am Gewaltmonopol des Staates zu zweifeln. (...) Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns zweifelsfrei nicht anzutasten. Dazu besteht in der heutigen Situation Österreichs kein Anlaß. Der Rechtsstaat ist für uns unverbrüchlich. Wir werden die Verfassung beachten, und wir haben keinen Grund die Verfassung nicht zu beachten. Die Frage, ob der Zweck die Mittel heiligt: Das ist für uns auszuschließen."<sup>[106]</sup> Die Frage: Warum müssen wir uns distanzieren? Warum müssen wir uns bekennen?, kommt den Grünen erst gar nicht. Dies ist aus ihrer Welt. Die Selbstverständlichkeit des demokratischen Rituals wird so ihrerseits nicht in Frage gestellt, bzw. gar durchbrochen.

Die angebliche Gretchenfrage: "Wie hältst Du es mit dem Gewaltmonopol des Staates? ist nicht eindeutig und endgültig zu beantworten. Hier sind alle Parolen wie das grüne "Hoch das...." oder das autonome "Weg mit...." unangebracht. Faktum aber bleibt, daß alle Bewegungen, wollten sie erfolgreich sein, das Gewaltmonopol antasten mußten, von der Arbeiterbewegung, als sie das Streikrecht oder die Koalitionsfreiheit erkämpfte, bis zur Ökologiebewegung, als es etwa an die Besetzung der Stopfenreuther Au ging. In bestimmten Kämpfen ist es angebracht, über die Grenzen des Rechtsstaates hinwegzuschreiten, und das ist auch gängige Praxis.<sup>[107]</sup> Legitimität und Legalität sind nicht eins. Auch der Rechtsstaat und das Gewaltmonopol sind relative Werte, können nicht ontologisiert werden. Was nicht als ein prinzipieller Aufruf verstanden werden darf, das Gewaltmonopol zu beseitigen. Daß solches Denken als staatsgefährdend gilt, ist ebenso klar, wie daß staatliche Organe und ideologische Staatsapparate auf Bekenntnis und Gehorsam pochen. Das ist ihre Aufgabe,<sup>[108]</sup> alles andere wäre Selbstaufgabe. ""Gehorsam" soll bedeuten: daß das Handeln des Gehorchenden im wesentlichen so abläuft, als ob er den Inhalt des Befehls um dessen selbst willen zur Maxime seines Verhaltens gemacht habe, und zwar lediglich um des formalen Gehorsamsverhältnisses halber, ohne Rücksicht auf die eigene Ansicht über den Wert und den Unwert des Befehls als solchen."<sup>[109]</sup>

Was ist nun das Gewaltmonopol? Max Weber schreibt dazu: "Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes - dies: das "Gebiet", gehört zum Merkmal - das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht. Denn das der Gegenwart Spezifische ist, daß man allen anderen Verbänden oder Einzelpersonen das Recht zur physischen Gewaltsamkeit nur soweit zuschreibt, als der Staat sie von ihrer Seite zuläßt: er gilt als alleinige Quelle des "Rechts" auf Gewaltsamkeit."<sup>[110]</sup> Wohlgermerkt: "Auch in Max Webers Verständnis bedeutet Gewaltmonopol nicht, daß der Staat keine Gewaltanwendung außer der eigenen duldet. Es geht vielmehr darum, daß Gewaltsamkeit - anders als im Mittelalter - nur noch insoweit als legitim gilt, als die staatliche Ordnung sie zuläßt oder vorschreibt."<sup>[111]</sup> Behauptet wird also nicht schlichtweg ein Gewaltmonopol des Staates - das würde auch nicht der Realität entsprechen, geht doch weit mehr Gewalt von der Gesellschaft aus als von seinem staatlichen Sektor -, sondern, daß Gewalt nur dann legal ist, wenn sie staatlich getan, toleriert, gefördert oder zugelassen wird. Der Staat mit seinen Gewaltapparaten hat nicht die Gewalt

monopolisiert, er ist vielmehr dazu da, gesellschaftliche Macht und Gewalt in letzter Instanz zu garantieren und abzusichern, d.h. erst dann einzugreifen, wenn in der Gesellschaft die Selbstherrschaft aus verschiedensten Gründen nicht mehr greift.

Gewalt ist so nicht ein Gegensatz zum Recht, sondern sie sind sich gegenseitig Mittel und Zweck. Will das Recht sich durchsetzen, benötigt es die Gewalt, will die Gewalt in hochentwickelten Gesellschaften Bestand haben - und sie muß Bestand haben, sonst haben die Gesellschaften keinen Bestand -, benötigt es die zivilisierte Form des Rechts. Gewalt ist die unabdingbare Voraussetzung des Rechts. Das mag man für bedauerlich halten, verschweigen sollte man es nicht. Recht ist so gesehen auch nur oberflächlich die Begrenzung der Gewalt, in der Form staatlicher und zusehends überstaatlicher Gewaltmonopole hat es die Gewalt in Extremsituationen entgrenzt. Noch nie war das Recht so gewaltig wie jetzt, heißt auch, daß noch nie die Gewalt so gewaltig war. Der Schlüssel zur Überwindung des staatlichen Gewaltmonopols liegt jedenfalls nicht in seiner Rücknahme, sondern in seiner dialektischen, was meint positiveren wie negatorischen Weiterentwicklung. Nicht die Unterwerfung unter die These ist angesagt, sondern deren permanente Synthetisierung. Im Prinzip können wir heute die Entwicklung vom staatlichen zum überstaatlichen Gewaltmonopol beobachten. Das sich ankündigende Ende der nationalen Souveränitäten weist den Weg. Grundsätzlich ist dies konstruktiv und geht in die richtige Richtung, wenngleich die aktuellen Ausformungen vom Golfkrieg bis zum Integrationsprozeß in Europa als wenig sympathisch erscheinen.

Auch folgende Erkenntnis bleibt den Grünen verborgen: Ein Gewaltmonopol kann es strenggenommen gar nicht geben. Es kann nur und muß postuliert werden. Wäre es Realzustand, wäre es überflüssig. Denn wäre es, wogegen könnte es sein? Eine Gewalt ist keine Gewalt. Das Monopol der Gewalt muß eben deswegen behauptet werden, da es diverse Spielarten nichtlegitimierter Gewalt und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft gibt. Es richtet sich gegen "illegale" Gewalten in der Gesellschaft. Wer "Gewaltmonopol" sagt, gibt zu, daß es andere Gewalten gibt. Gewaltmonopol behauptet: Es soll nicht sein, was ist. Es geht dabei also um die Beseitigung und um die Sanktionierung illegaler Gewalten. Und es wird nicht fertig, da die Gesellschaft, der es gehört, immer neue Gewalten entstehen läßt. Das Gewaltmonopol ist ein Postulat. Seine Einlösung wäre seine Auflösung.

Die Zwischenfälle bei der Opernballdemo waren jedenfalls ausgezeichnet geeignet, die Grünen zur Raison zu bringen. Interessant war nur, wie friktionsfrei das - etwa im Gegensatz zur Bundesrepublik<sup>[112]</sup> - über die Bühne ging. Wovor man auf etablierter Seite Angst hatte, hat der ÖVP-Abgeordnete Felix Ermacora deutlich ausgesprochen: *"Sie müssen einer dialektischen Widerstandsauffassung abschwören, sich tatsächlich offen zur Gewaltlosigkeit in der Demokratie bekennen und nicht zugleich sagen, daß Sie sich dennoch zum Recht auf Widerstand bekennen."*<sup>[113]</sup>

So braucht es anscheinend eines konservativen Rechtsprofessors um das latente Gefühl mancher Grüner auf den Begriff zu bringen. Genau vor dieser *"dialektischen Widerstandsauffassung"*, die einerseits das Gewaltmonopol als historischen Fortschritt erkennt und begrüßt und andererseits die Notwendigkeit betont es in Streiks, Demonstrationen, Besetzungen immer wieder in Frage zu stellen, sodaß Legitimität Legalität bricht, haben die Metaphysiker der Demokratie viel Furcht.

Auch rechtsstaatliche Gewalt ist Gewalt. Das Bekenntnis zum Gewaltmonopol ist unfraglich ein Bekenntnis zu einer bestimmten Gewalt bzw. Gewaltzulassung, es mit einem Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit gleichzusetzen intellektuell unredlich, *"gedankliche Barbarei"*,<sup>[114]</sup> wie die ehemaligen grünen Ökосоzialisten Michael Stamm und Jürgen Reents es einmal bezeichneten. Oder Günther Anders an die herrschende Adresse: *"Gegen Gewalt als solche haben sie gar nichts. Allein etwas gegen jede Störung ihres Gewaltmonopols, gegen jede (gegen ihre Gewalt eingesetzte) Gegengewalt."*<sup>[115]</sup>

Selbst die Wiener Parteilinke der Grünen Alternative stellte sich aber hinter die Parlamentsfraktion. In seinem Beitrag *"Gewaltmonopol des Staates - Was sonst?"* schreibt Herbert Brunner gar: *"Das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen heißt sich auf einen bewaffneten Umsturz vorzubereiten. Sonst ergibt es keinen Sinn, ist kindliches unpolitisches Spielen mit Phrasen. Eine tatsächliche Orientierung auf bewaffnete Auseinandersetzungen ist aber verantwortungsloses Abenteuerertum."*<sup>[116]</sup> Wer natürlich so argumentiert, und jede prinzipielle Kritik am Gewaltmonopol mit Chaotismus und Randalen gleichsetzt, hat leichtes Spiel. Wobei freilich - das sei aber nicht zu Brunners Entschuldigung gesagt - einige autonome Wirtsköpfe ihre Schirmmützen mit der Exekutive tatsächlich mit der Vorbereitung der Revolution gleichsetzen. Die autonome Gedankenlosigkeit war so nicht nur ein ausgezeichneter Vorwand für die Polizei einzuschreiten, sondern auch für die Grünen über die Autonomen und ihre teilweise berechtigten Anliegen hinwegzuschreiten. Das darauf folgende Verratsgeschrei wirkte da nur noch kläglich. 1989 versetzten die Grünen der Anti-Opernball-Demo durch ihren dezidierten Nichtaufruf auch den Gnadenstoß.<sup>[117]</sup>

Der zweite Akt zur staatspolitischen Domestikation der Grünen Alternative war dann eine vom Ministerium für Landesverteidigung vorgelegte Studie, in der man sich unter anderem auch mit dem Friedensprogramm der Alternativen Liste Österreich (ALÖ) aus dem Jahre 1984 auseinandersetzte. Dem damaligen ÖVP-Minister Robert Lichal gelang es durch das Rezitieren einiger Passagen die Grünen vollends aus der Fassung zu bringen.<sup>[118]</sup> Gestoßen hat man sich an zwei Formulierungen: *"Der Staat, der nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt, ist nicht "unser" Staat, sein Krieg kann nicht "unser" Krieg sein."*<sup>[119]</sup> Und: *"Der herrschenden Gewalt wollen wir auf vielfache Weise Widerstand leisten: von Friedensappellen, denen manifeste Unterstützung zuteil wird bis zur gewerkschaftlich orientierten Arbeit in der Armee, die eine Demokratisierung fordert, von Sabotageakten in und vor Rüstungsbetrieben bis zu Formen (...)."*<sup>[120]</sup> Auch dieser Diskussion



sind die Grünen ausgewichen. Peter Pilz lapidar: *"Ich stelle fest und richtig: Sie haben aus einem Programm der Alternativen Liste Österreich zitiert. (...) Wie sich vielleicht bis zu Ihnen schon herumgesprochen hat, sind wir der Parlamentsklub der Grünen Alternative."*<sup>[121]</sup> Wobei es sich aber zumindest in zwei Fällen doch um schamhafte Kindesweglegung handelt; betreffend den damaligen Klubobmann Andreas Wabl, der dieses ALÖ-Dokument und somit seine Formulierungen mitbeschlossen hat und den späteren Abgeordneten Severin Renoldner, der sogar zu seinen Autoren zählte. Jedenfalls wurde ein weiteres Mal eine Chance versäumt, den Staat ernsthaft zu diskutieren, soweit das im Parlament überhaupt möglich ist.

Die ganze Debatte<sup>[122]</sup> verdeutlicht wiederum nur, wie wenig sich die Grünen Gedanken über Staat und Demokratie, Gewalt und Recht gemacht haben. So geraten die 6. oder die 89. Sitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode zu Nachhilfestunden in Staatsbürgerkunde. Schon die 6. endet pflichtgemäß mit einer umfassenden Kapitulationserklärung des Abgeordneten Wabl. In dieser sind wahrlich die letzten Spuren des Relativismus und der Dialektik ausgelöscht. Wir haben Andreas Wabl im Interview auf seine kategorischen Bekenntnisse zum Gewaltmonopol angesprochen,<sup>[123]</sup> wobei auffiel, daß Wabl und wir etwas anderes unter dem Bruch des Gewaltmonopols verstehen. Für Wabl bedeutet es: *"Ich gebe die Gewalt woanders hin."*<sup>[124]</sup> Bruch hieße für Wabl die Übernahme des Gewaltmonopols durch jemand anderen.<sup>[125]</sup> Aus der folgenden interessanten Interviewpassage wird das noch deutlicher ersichtlich:

*"Schandl: Na, das Problem, das ich dann immer wieder habe: Daß man irrsinnig schnell bei den Grünen immer von der Erkenntnisebene auf die Bekenntnisebene wechselt. Und das sind meiner Ansicht nach zwei verschiedene Dinge. Also das eine ist: Ich konstatiere etwas, daß es so ist; und das andere ist: Ich sage Ja dazu, nur weil es so ist. Und diese Differenzierung kommt bei Euch oder auch bei dieser spezifischen Rede, die ich mitgenommen habe, eigentlich nicht raus. Und ich glaube, das ist auch nicht ganz unabsichtlich. Man will sich da eigentlich keine Blöße geben bei der Frage. Man sagt halt dem Khol, was er gerne will...."*

*Wabl: ....was ich nicht will, nein, nein, nein. Also Du magst jetzt hier in dieser Kritik recht haben, daß das hier nicht herauskommt, daß diese Ebenen vermengt werden oder nicht so scharf auseinandergehalten werden. Aber was ich nicht will, ist, daß irgendjemand, und sei es ein Polizist, in Österreich Angst haben muß, daß er von mir attackiert wird, physisch.*

*Schandl: Aber das kann man auch so sagen, oder?*

*Wabl: Ja. Das könnte man auch so sagen. In dem Sinn hast Du recht, hätte ich es auch noch anfügen können. Aber durch die Auseinandersetzung auf der Phyrrenautobahn war wieder klargestellt, auf welcher Seite ich stehe, daß ich massiv das Gewaltmonopol kritisiere. Aber nicht in Frage stelle in dem Sinn, daß ich sage: Die dürfen es nicht mehr ausüben und wir nehmen's vielleicht.*

*Schandl: Abgesehen davon, daß das sowieso eine Selbstüberschätzung bis zum geht nicht mehr (ist)."*<sup>[126]</sup>

Fassen wir noch einmal zusammen: Die Krise der Demokratie ist offensichtlich. Die Kritik ist von einer Kritik der Entscheidungen zu einer Kritik der Entscheidungsprämissen<sup>[127]</sup> vorgedrungen. So gesehen ist die Demokratie- und Politikverdrossenheit anders als der Politikwissenschaftler Karl Ucakar noch vor Jahren meinte<sup>[128]</sup> - nicht eine, die sich nur gegen bestimmte Ausdrucksformen richtet, sondern strukturell angelegt, mit einer Tendenz zur Verallgemeinerung. Fast alles, was die Demokratie trägt (im Sinne jetzt von beinhalten wie konstituieren), ist in Verruf gekommen: Parteien, Politiker, Bürokratien, der Parlamentarismus, die Gesetzgebung, der Proporz.<sup>[129]</sup> Bejaht, und das dafür umso frenetischer, wird lediglich die leere Hülle, das Füllwort, indem sich nun aber nichts mehr befindet. Diese Kritik ist somit antidemokratisch, aber nicht in einem progressiven Sinn, sondern in einer reaktionären Variante, die davon ausgeht, man könnte Demokratie von ihren gesellschaftlichen Inhalten säubern, jene jedoch gleichzeitig erhalten, ja verbessern. Der Kampf gegen den Parlamentarismus und seine Ausformungen, da hat der alte Kelsen schon recht, ist nichts anderes als ein Kampf gegen die Demokratie.<sup>[130]</sup> Und das unabhängig davon, ob seine Träger das wollen oder nicht. Das Verquere an der aktuellen Situation ist nun, daß in einer Zeit, wo die Demokratie sich selbst destabilisiert, weil destabilisieren muß, die subjektiven Träger alternativer Ansätze gerade zu ihrer Rettung antreten, sich nicht überlegen, was nachher kommt, sondern wie sie die Form erhalten, ja erweitern können. Um uns nicht mißzuverstehen: *"Niemand wird die historische Notwendigkeit der Demokratie und ihre große Bedeutung für ein Hinauskommen über die Enge der ständischen Agrargesellschaft bestreiten. Aber auf diesen Lorbeeren kann sich die Menschheit nicht für immer zur Ruhe setzen. Daß die Demokratie selbst, wie ihr Name schon sagt (Volks-Herrschaft), nur die bisher modernste Form der Diktatur einer zwanghaften gesellschaftlichen Form über die Entwicklung menschlicher Bedürfnisse und Beziehungen ist, kann das absolut in dieser Form befangene demokratische Raisonement nicht einmal im Traum realisieren."*<sup>[131]</sup>

Die bürgerliche Demokratie ist nicht mehr entwickelbar, sie ist vielmehr ein Auslaufmodell, das die besten Zeiten hinter sich hat. Der unerträgliche Promi-Kult verdrängt die letzten Inhalte, aber er verdrängt etwas, wo es schon nichts mehr zu verdrängen gibt, seit sich der Typus der Volkspartei durchgesetzt hat. Es ist alles eins, die bürgerliche Politik löst sich auf, weil es um nichts mehr geht außer Nuancen. Die Differenzen sind inszeniert, ein mediales Spektakel, nicht mehr. Keine Demokratiereform erweitert mehr die realen Möglichkeiten der Menschen. Die direktdemokratischen Ergänzungen etc. sind populistische Überspitzungen der parlamentarischen Demokratie. Sie sind Zeichen der Krise, nicht eines Aufbruchs, Zeichen eines unsicher gewordenen politischen Systems, das der Populismus reitet.

---

<sup>[11]</sup> Anton Pelinka, Demokratie zwischen Utopie und Wirklichkeit, Informationen zur Politischen

Bildung, Nr. 7 (1994), S. 7.

[2] Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen, 2. Aufl. 1929, S. 1.

[3] Vilfredo Pareto, Das soziale System; in: ders., Ausgewählte Schriften, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1975, S. 278.

[4] Peter Klein, Demokratie und Sozialismus. Zur Kritik einer linken Allerweltsphrase, Marxistische Kritik, Nr. 7/89, S. 115.

[5] Anton Pelinka, Politik und moderne Demokratie, Kronberg/Ts. 1976, S. 27.

[6] Grünerseits wird dieser Standpunkt in aller Beharrlichkeit von Johannes Voggenhuber und Sonja Puntcher-Riekmann vorgetragen. Vgl. etwa Sonja Puntcher-Riekmann, Demokratie als Cyberspace? Über Demokratie, nationale Souveränität und Weltmarkt, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 7 (1994), S. 15.

[7] Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie (1922), Tübingen, 5. Aufl. 1972, S. 28, 541ff.

[8] Max Weber, Der Sozialismus, Wien 1918, S. 4.

[9] Robert Kurz, Die Demokratie frißt ihre Kinder. Bemerkungen zum neuen Rechtsradikalismus; in: Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Unkel/Rhein und Bad Honnef 1993, S. 18.

[10] Vgl. Franz Schandl, Demokratiereform als neueste Variation herrschender Politik, Alternativenrundbrief, Nr. 3/87, S. 11-12.

[11] Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 314. Vgl. auch S. 365f.

[12] Robert Kurz, Die Demokratie frißt ihre Kinder, S. 78.

[13] Max Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Wien 1922, S. 126.

[14] Max Adler, Politische oder soziale Demokratie, Wien 1926, S. 52.

[15] Wolfgang Abendroth, Demokratie als Institution und Aufgabe; in: Ulrich Matz (Hg.), Grundprobleme der Demokratie, Darmstadt 1973, S. 170.

[16] Oskar Negt, Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie, Das Argument 98, 18. Jg., Juli/August 1976, S. 595.

[17] Robert Kurz, Der Ausnahmewohlstand droht. Zum Legitimitätsproblem in der Krise der Arbeitsgesellschaft, Juridikum, Nr. 2/94, S. 24.

[18] Hans Kelsen, Das Problem des Parlamentarismus, Wien und Leipzig 1925, S. 6.

[19] Ebenda, S. 7.

[20] Ebenda.

[21] Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen, 2. Aufl. 1929, S. 30.

[22] Ebenda, S. 20.

[23] Ebenda, S. 68.

[24] Pius Strobl, Für den Bundesvorstand. Ein Diskussionspapier, 30.10.1992 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 4, Ordner Grüne Alternative Öst. (Bund), Protokolle, BV Bundesvorstand, Januar 1990, Sammlung Grün-Alternative am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

[25] Freda Meissner-Blau; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 3. Sitzung, 29. Jänner 1987, S. 93.

- [26] Ebenda, S. 93-100.
- [27] Der Grüne Klub, "Ein morsches Haus braucht neue Fundamente". Visionen trotz(en) der Großen Koalition, o.O., o.J., (Wien 1987), S. 17.
- [28] Johannes Voggenhuber; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVIII. Gesetzgebungsperiode, 3. Sitzung, 22. November 1990, S. 144.
- [29] Ebenda.
- [30] Ebenda, S. 145.
- [31] Ebenda. Vgl. auch die gleiche Argumentation bei Johannes Voggenhuber; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVIII. Gesetzgebungsperiode, 126. Sitzung, 17. Juni 1993, S. 14476-14479.
- [32] Monika Langthaler; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVIII. Gesetzgebungsperiode, 18. Sitzung, 13. März 1991, S. 1285.
- [33] Monika Langthaler; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVIII. Gesetzgebungsperiode, 8. Sitzung, 19. Dezember 1990, S. 462.
- [34] Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen, 3. Aufl. 1990, S. 167-168; vgl. auch S. 124-125, S. 169-171, S. 225.
- [35] Peter Pilz; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 6. Sitzung, 4. März 1987, S. 552.
- [36] Ebenda, S. 552-553.
- [37] Sonja Puntischer-Riekman, Die österreichische Demokratie. Ein Torso, Impuls Grün, Nr. 5 + 6/90, S. 2.
- [38] Immanuel Kant, Grundlegung der Metaphysik der Sitten (1785), Werkausgabe, Band VII, Frankfurt am Main 1991, S. 41.
- [39] Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1820), Werke 7, Frankfurt am Main 1986, S. 66.
- [40] Peter Klein, Demokratie und Sozialismus. Zur Kritik einer linken Allerweltsphrase, Marxistische Kritik, Nr. 7/89, S. 116.
- [41] Robert Kurz, Die Demokratie frißt ihre Kinder, S. 17.
- [42] Josef Haslinger, Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich, Darmstadt und Neuwied 1987, S. 114. Eine ausführliche Kritik Haslingers unsererseits findet sich in Franz Schandl, Links wie normal, FORVM, Heft 413/414, Mai/Juni 1988, S. 54-57.
- [43] Robert Menasse, Das Land ohne Eigenschaften. Essay zum österreichischen Geist, Wien 1992, S. 81.
- [44] Niklas Luhmann, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München-Wien 1981, S. 14.
- [45] Vgl. dazu auch Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (1942), Tübingen, 6. Aufl. 1987, S. 389.
- [46] Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 630-632.
- [47] Wladimir I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus (1920), Werke, Bd. 31, S. 85-86: *"Die Kommunisten in Westeuropa und in Amerika müssen es lernen, einen neuen, andersartigen Parlamentarismus hervorzubringen, der mit Opportunismus und Karrierismus nichts zu tun hat."*
- [48] Thomas Ebermann; zit. nach: Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden was sie sind, Köln

1993, S. 622.

[49] Joachim Raschke, Die Grünen, S. 622f.

[50] Vgl. dazu etwa auch ein Jahrzehnt seiner Kommunalpolitik resumierend Franz Schandl, Linke Kommunalpolitik heute: Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven, ALH. Informationsblatt der Alternativen Liste Heidenreichstein (ALH), Nummer 3, 10. Jg., September 1992, S. 1-4.

[51] Sonja Puntscher-Riekmann, Die Grüne Alternative, in: Wolfgang Mantl (Hg.), Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, S. 425.

[52] Wladimir I. Lenin, Die Arbeiterklasse und ihre "parlamentarische" Vertretung (1912), Werke, Bd. 18, S. 431.

[53] Hubert Kleinert, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992, S. 310.

[54] Ebenda, S. 312.

[55] Andrea Komlosy, Mit einem lachenden und einem weinenden Auge, MOZ, Nummer 26, Jänner 1988, S. 17.

[56] Hubert Kleinert, Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992, S. 305.

[57] Die Ökolibertären sind der äußerst rechte Flügel bei den deutschen GRÜNEN.

[58] Thomas Schmid, Plädoyer für einen reformistischen Anarchismus; in: Thomas Kluge (Hg.), Grüne Politik. Der Stand der Auseinandersetzung, Frankfurt am Main 1984, S. 78.

[59] Peter Pilz, Land über Bord, S. 188.

[60] Andreas Wabl; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 152. Sitzung, 5. Juli 1990, S. 17660.

[61] Typoskript des Interviews mit Holda Harrich, S. 14.

[62] Vgl. Ordner Anshober Anfragen - Beantwortung I-IX, Grünes Archiv im Parlament.

[63] Herbert Fux; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 20. Sitzung, 15. Mai 1987, S. 2231.

[64] Platon, Der Staat (v.u.Z.), Leipzig 1978, S. 360 [557A-558C].

[65] Wladimir I. Lenin, Staat und Revolution (1917), Werke, Bd. 25, S. 437. Der obligate "Totalitarismus"-Vorwurf, der auf eine solche Aussage folgt, ist übrigens rein demagogisch, er kann nicht entkräften, was Inhalt ist. Nur weil die Faschisten das auch erkannten, heißt das ja noch nicht, daß diese Feststellung unrichtig ist.

[66] Marieluise Beck-Oberdorf; zit. nach Joachim Raschke, Die Grünen, S. 605.

[67] Johannes Voggenhuber; in: Protokoll der 1. Klubsitzung vom 9. 10. 1990; Ordner Grüner Klub, Protokolle, Sammlung Grün-Alternative am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

[68] Anton Pelinka, Grüne Alternative und Landesverteidigung, Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, S. 534.

[69] Protokoll der 4. Klubsitzung vom 5. Februar 1991, Ordner Grüner Klub, Protokolle, Sammlung Grün-Alternative am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

[70] Peter Sloterdijk, Kritik der Zynischen Vernunft. Erster Band, Frankfurt am Main 1983, S. 294.

[71] Vgl. dazu, auch die angezeigte Entwicklung sehr deutlich ausdrückend das Programm der Grünen Alternative 1990, Impuls Grün, Nr. 7-8/1990, S. 35-41.

[72] Daß dies nicht nur ein hypothetisches Problem ist, bewies die gefinkelte Fragenkombination

anlässlich der Volksbefragung betreffend eine Landeshauptstadt für Niederösterreich 1986. Nur die vorgegebenen Koppelungen führten letztendlich die gewünschte Mehrheit herbei. Vgl. dazu Rene Kaudelka, Nachlese Volksbefragung Landeshauptstadt, Informationsblatt der Alternativen Liste Niederösterreich, Nr. 5/86, S. 1-2.

[73] Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922), Tübingen, 5. Aufl. 1972, S. 865.

[74] Ebenda. Weber sprach in diesem Zusammenhang auch von einer "*cäsaristischen Wendung*" der Parteiendemokratie (ebenda, S. 862).

[75] Vgl. dazu auch Karl Ucakar, *Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik*, Wien 1985, S. 583ff.; Tilman Evers, *Qualitative oder substantielle Demokratie? Skeptisches zum Volksentscheid*, *Kommune*, Nr. 4/86, S. 42-48.

[76] Fritz Hofmann, *Ein Testfall für die direkte Demokratie*, *Zukunft*, Nr. 3/1980, S. 3. Bezüglich der Staustufe Wien ist das der Wiener SPÖ ja zwischenzeitlich sogar gelungen.

[77] Franz Vranitzky; in: *Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVIII. Gesetzgebungsperiode, 7. Sitzung, 18. Dezember 1990*, S. 324.

[78] Karin Eitel/Waltraud Fasching/Simone Mesner, *Aufstieg und Ende der Bürgerinitiative Parlament*, Seminararbeit 1986, S. 54.

[79] Max Adler, *Politische oder soziale Demokratie*, Wien 1926, S. 84.

[80] Hans Kelsen, *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, S. 30.

[81] Karl Renner, *Mensch und Gesellschaft*, Wien 1952, S. 312.

[82] Eine Kurzfassung findet sich in Walter Geyer/Stefan Lintl, *Wahlrechtsreform: Party-System aborts democracy*, *MOZ*, Nr. 34, Oktober 1988, S. 16-17.

[83] Zur Entwicklung des österreichischen Nationalratswahlrechtes siehe Karl Ucakar, *Demokratie und Wahlrecht in Österreich*, S. 371ff.

[84] Antrag der Abgeordneten Smolle, Wabl und Freunde betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates geändert wird (Nationalrats-Wahlordnungsnovelle 1989), No. 290/A, 18. Oktober 1989, S. 29; in: *Ordner: Grüner Klub, Anfragen, Anträge etc., Sammlung Grün-Alternative am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien*. Vgl. dazu insgesamt auch den mit kleinen Änderungen nochmals eingebrachten Antrag in der XVIII. Gesetzgebungsperiode: Antrag der Abgeordneten Voggenhuber, Stoisits, Freunde und Freundinnen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates geändert wird (Nationalrats-Wahlordnungsnovelle 1991), No. 151/A, 15. Mai 1991; in: ebenda. Johannes Voggenhuber, *Abweichende Stellungnahme*, 601 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XVIII. Gesetzgebungsperiode, S. 49-51; in: ebenda.

[85] Antrag der Abgeordneten Smolle, Wabl und Freunde, No. 290/A, ebenda, S. 1.

[86] Ebenda, S. 2.

[87] Ebenda, S. 5.

[88] Ebenda, S. 7.

[89] Ebenda, S. 5.

[90] Ebenda, S. 7.

[91] Ebenda, S. 9.

[92] Ebenda.

[93] Ebenda, S. 11.

- [94] Ebenda, S. 11f.
- [95] Ebenda, S. 17 bzw. 19.
- [96] ebenda, S. 20f.
- [97] Ebenda, S. 21f.
- [98] Ebenda, S. 21.
- [99] Ebenda, S. 24.
- [100] Ebenda, S. 22f.
- [101] Ebenda, S. 23-24.
- [102] Hubert Kleinert, Aufstieg und Fall der Grünen, S. 187.
- [103] Josef Cap; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 6. Sitzung, 4. März 1987, S. 614.
- [104] Andreas Khol; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 6. Sitzung, 4. März 1987, S. 622.
- [105] Ebenda, S. 623-624.
- [106] Andreas Wabl; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 6. Sitzung, 4. März 1987, S. 642-644. Als die Zwischenrufe (vor allem seitens der FPÖ) nicht abreißen, läßt sich Wabl zu folgender wirklich bezeichnenden Bemerkung hinreißen: *"Was wollen Sie denn haben? Wollen Sie haben, daß wir auf die Knie gehen?"* (Ebenda, S. 643.) Genau das.
- [107] Vgl. dazu den recht aufschlußreichen Artikel von Peter Bossew, Der Krampf mit der Gewalt, Alternativenrundbrief, Nr. 5/87, S. 6-11.
- [108] Vgl. dazu Franz Schandl, Freiheitlich demokratische Grünzeug-Ordnung, FORVM, Heft 397/398, März 1987, S. 52-56.
- [109] Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 123.
- [110] Ebenda, S. 822.
- [111] Thomas Ebermann/Michael Böttcher, Gewaltmonopol und Rechtsstaat. Eine Polemik gegen Joscha Schmierers Artikel "Gewaltmonopol" in Kommune 1-2/86, Kommune, Nr. 5/86, S. 78.
- [112] Vgl. dazu die Diskussion in Konkret 12/85 zwischen Otto Schily und Thomas Ebermann. Wiederabgedruckt als: Ist dieser Staat noch unser Staat. Dialog zwischen Thomas Ebermann und Otto Schily; in: Die Grünen, GRÜNE Perspektiven. Von der Mühsal der Ebenen und der Lust der Höhen....? Bonn 1988, S. 82-90.
- [113] Felix Ermacora; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 6. Sitzung, 4. März 1987, S. 642.
- [114] Jürgen Reents/Michael Stamm, Bekenntnisse zur Gewaltfrage oder: Welche Gewalt ist erlaubt?; in: Die Grünen, GRÜNE Perspektiven, S. 78. Die Hamburger Reents und Stamm haben zwischenzeitlich von den GRÜNEN zur PDS gewechselt.
- [115] Günther Anders, Gewalt - Ja oder nein. Eine notwendige Diskussion, München 1987, S. 143.
- [116] Herbert Brunner, Gewaltmonopol des Staates, Akin 13/87 bzw. Alternativenrundbrief, Nr. 4/87, S. 33.
- [117] Vgl. Peter Pilz; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 97. Sitzung, 16. März 1989, S. 11324.
- [118] Robert Lichal; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 89. Sitzung, 15. Dezember 1988, S. 10344f.

[119] Friedensprogramm der Alternativen Liste Österreich, S. 5; zit. nach Alternativenrundbrief, Nr. 6/86. Dieses Programm wurde hauptsächlich von den Wiener Alternativen Andrea Komlosy und Hannes Hofbauer ausgearbeitet, von den Tiroler Alternativen um Severin Renoldner teilweise umgeschrieben, was meint: entschärft. Auf dem Wiener Bundeskongreß der ALÖ im Frühjahr 1984 wurde es mit großer Mehrheit angenommen.

[120] Ebenda, S. 8.

[121] Peter Pilz; in: Stenographisches Protokoll des Nationalrats, XVII. Gesetzgebungsperiode, 89. Sitzung, 15. Dezember 1988, S. 10347.

[122] Vgl. dazu die Dokumentationen in: Alternativenrundbrief, Nr. 4/87, S. 27-39; Akin, Nr. 13/87 u. 14/87; Die Linke, 8. Jg., Nr. 5, 11.3.1987, S. 7-9.

[123] Typoskript des Interviews mit Andreas Wabl, S. 39-46 [484].

[124] Ebenda, S. 40 [504].

[125] Ebenda, S. 41 [535].

[126] Ebenda, S. 46 [667].

[127] Zur Unterscheidung von Entscheidungen und Entscheidungsprämissen siehe Niklas Luhmann, Legitimation durch Verfahren (1969), Frankfurt am Main 1983, S. 31.

[128] Karl Ucakar, Zum Stand der Wahlrechtsreform (Interview); in: Österreichische Vereinigung Demokratischer Juristen, Mitteilungen, Juni 1988.

[129] Auch die heute unüberhörbaren Einwände gegen den Proporz sind mit Vorsicht zu genießen. Dort, wo er nicht greift, ist meistens ein noch unerträglicherer Majorz die Folge (z.B. bei den Beamten des Landes Niederösterreich).

[130] Hans Kelsen, Der Staat als Integration, Wien 1983, S. 82.

[131] Robert Kurz, Die Demokratie frißt ihre Kinder; in: Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Unkel/Rhein und Bad Honnef 1993, S. 14.